

Tobias Koepf

Martin Koopmann

Theresia Töglhofer (Hrsg.)

**30 Jahre Weimarer Dreieck:
Idee von gestern oder Konzept
für morgen?**

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	2
<i>Einstiegsbeitrag</i>	
Back to basics – ein Neustart für das Weimarer Dreieck	3
Jakub Wiśniewski	
Teil I: Das Weimarer Dreieck aus der Sicht Deutschlands, Frankreichs und Polens	
Das Weimarer Dreieck – ein geopolitisches Zukunftsmodell aus französischer Perspektive	8
Paul Maurice	
Das Weimarer Dreieck aus deutscher Sicht: Neuer Schwung, aber keine Überforderung	12
Kai-Olaf Lang und Ronja Kempin	
Der diskrete Charme der Dissonanz: Das Weimarer Dreieck aus polnischer Sicht	16
Ryszarda Formuszewicz	
Teil II: Das Weimarer Dreieck jenseits der nationalen Ebene	
Großes Potenzial, geringe Erfolge – das Weimarer Dreieck in der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der EU	20
Adam Balcer	
Der Eurodistrikt Strasbourg-Kehl/Ortenau: Modell für ein »lokales« Weimarer Dreieck?	23
Peter Ulrich und Birte Wassenberg	
Drei Wege zur Förderung der gesellschaftlichen und kulturellen Bedeutung des Weimarer Dreiecks	27
Jean-Yves Potel	
<i>Schlussbetrachtung</i>	
Vertrauen herstellen, Vielfalt moderieren, Verantwortung übernehmen – neue Ziele für das Weimarer Dreieck	30
Martin Koopmann	
Über die Autorinnen und Autoren	34
Über die Stiftung Genshagen	36
Impressum	37

Vorwort

Das Weimarer Dreieck wurde vor 30 Jahren mit dem Anspruch gegründet, zur Überwindung der Teilung Europas beizutragen und Polen sowie weitere mittel- und osteuropäische Staaten an die Europäische Union heranzuführen. Mit der Osterweiterung der EU im Jahr 2004 wurde dieses Ziel erreicht, womit sich auch die Frage nach dem Daseinszweck des Dreiecks neu stellte. Wo steht das Weimarer Dreieck heute? Hat es eine neue, konstruktive Rolle innerhalb der EU und vielleicht auch darüber hinaus finden können?

Zwischen Anfang Mai und Ende Juni 2021 haben deutsche, französische und polnische Autorinnen und Autoren zu der von der Stiftung Genshagen veröffentlichten Online-Publikationsreihe »30 Jahre Weimarer Dreieck – Idee von gestern oder Konzept von morgen?« beigetragen. Der vorliegende Band versammelt die acht erschienenen Papiere in einem kompakten Format. Ziel der Reihe war es, die gegenwärtige Verfasstheit des Weimarer Dreiecks drei Jahrzehnte nach seiner Gründung sowie die Potenziale für dessen künftige Ausgestaltung kritisch zu beleuchten. In einem ersten Teil stand die jeweils spezifische Sicht aus Deutschland, Frankreich und Polen auf das trilaterale Format im Mittelpunkt. Dabei wurde deutlich, dass sich die Vorstellungen von Gestalt und Aufgaben des Weimarer Dreiecks zum Teil deutlich unterscheiden und auch die Erwartungen an die Zukunft trilateraler Zusammenarbeit nicht deckungsgleich sind. Der zweite Teil fokussierte auf internationale, grenzüberschreitende und kulturell-zivilgesellschaftliche Zusammenarbeit – drei Bereiche, die das trilaterale Engagement der letzten Jahre geprägt haben und die Vielseitigkeit der Kooperation unterstreichen.

Das Resümee der Publikationsreihe lautet, dass Deutschland, Frankreich und Polen bis heute eine überzeugende Antwort auf die Frage nach der neuen *raison d'être* des Weimarer Dreiecks schuldig geblieben sind. In den letzten Jahren haben grundlegende Differenzen zwischen den drei Staaten eine Zusammenarbeit

zusätzlich erschwert. Insbesondere die deutsch-polnischen und die französisch-polnischen Beziehungen sind seit dem Antritt der PiS-Regierung im Jahre 2015 deutlich schwieriger geworden, was eine konstruktive Abstimmung zwischen Berlin, Paris und Warschau in vielen Politikbereichen kompliziert macht. Kurz- und mittelfristig muss sich das Dreieck insbesondere auf die Sicherheits- und Verteidigungspolitik, die Außenpolitik gegenüber den Staaten der östlichen Nachbarschaft, Zukunftsthemen wie Energie, Klima und Digitalisierung oder die Förderung der Zivilgesellschaft konzentrieren, in denen die Unterschiede überbrückbar und Kompromisse erreichbar erscheinen. Längerfristig kann nur die Überwindung grundsätzlicher Interessen- und Wertekonflikte das Weimarer Dreieck zu einem gestaltenden Akteur in Europa machen.

Unser Dank gilt allen Autorinnen und Autoren, den Übersetzerinnen und Übersetzern, die das Erscheinen der Texte in allen drei Weimar-Sprachen ermöglichten, sowie allen beteiligten Kolleginnen und Kollegen der Stiftung für ihr kritisches Lektorat und ihre wertvollen Ideen und Anregungen.

Für das Redaktionsteam:

Tobias Koepf, Martin Koopmann, Theresia Töglhofer

Einstiegsbeitrag

Back to basics – ein Neustart für das Weimarer Dreieck¹

Jakub Wiśniewski

Die ursprüngliche Hauptaufgabe des Weimarer Dreiecks – die Wiedereingliederung Polens in Europas politische Strukturen zu unterstützen – wurde bewältigt. Darüber hinaus hat das Dreieck jedoch in seiner 30-jährigen Geschichte keine wesentliche Rolle in Polens, Deutschlands und Frankreichs außenpolitischer Agenda eingenommen. Und die Aussichten für eine mögliche Wiederbelebung des Formats sind trübe, da die derzeitigen politischen Meinungsverschiedenheiten der drei Staaten es erschweren, Übereinstimmungen im Hinblick auf konkrete politische Maßnahmen auszuhandeln. Nichtsdestotrotz hat das Dreieck eine wertvolle gesellschaftliche Komponente erworben, mit zahlreichen erwähnenswerten kulturellen und künstlerischen Initiativen, auf denen aufgebaut werden kann und soll.

Das Weimarer Dreieck ist wie eine magische Farnblüte, die nach der baltischen Mythologie nur für einen einzigen Tag am Vorabend der Sommersonnenwende blüht. Gleichmaßen hat das Dreieck bisher generell symbolischen, oft flüchtigen Charakter, anstatt fassbare Ergebnisse zu liefern. Dennoch hat es einen nachhaltigen Eindruck auf Außenpolitikexperten hinterlassen. Trotz der Tatsache, dass Farne keine Blüte hervorbringen, treten einige von ihnen in blütenartigen Clustern auf, was erklären könnte, warum sie solch eine prominente Rolle in alten Mythen und Balladen einnehmen. Obwohl es sich also nicht zu einem permanenten Instrument politischer Koordination entwickeln konnte, hat es das Dreieck – sehr wohl wie eben der Farn – zu einer langlebigeren Daseinsberechtigung geschafft: indem es Gesellschaften zusammenbringt.

Eine historische Mission

Vor 30 Jahren war das Grundprinzip des Weimarer Dreiecks unmissverständlich und überzeugend. Zu dieser Zeit veränderte sich die kontinentale geopolitische Gemengelage, die Überreste der Sowjetunion blieben zurück. In den frühen 1990ern konnten Frankreich und Deutschland bereits Jahrzehnte beachtlicher Erfolge vorweisen, als es darum ging, durch Treffen von Politikerinnen und Politikern, intellektuellen Eliten sowie Bürgerinnen und Bürgern die in der Vergangenheit doch turbulenten Beziehungen hinter sich zu lassen. Diese französisch-deutsche Kooperation war entscheidend für die Beschleunigung der europäischen Integration durch die Schaffung eines einheitlichen Marktes und die Entwicklung von EU-Kompetenzen auf Gebieten wie der Außenpolitik und inneren Angelegenheiten. Diese Entwicklungen waren gleichzeitig unumgänglich und unzureichend, was Frankreich und Deutschland gleichermaßen dazu veranlasste, verstärkt nach neuen Partnern auf dem ganzen Kontinent zu suchen.

Polen für seinen Teil, als das Land in Zentral- und Osteuropa mit dem größten Einfluss auf demografischer und politischer Ebene, brauchte eine Orientierungshilfe bei seinen Integrationsbestrebungen mit westlichen Institutionen. In der Tat war es klar, dass Polen und andere postkommunistische Staaten früher oder später der NATO und der Europäischen Gemeinschaft (die später in Europäische Union umbenannt wurde) beitreten würden. Indem sie informelle Ad-hoc-Kooperationen etablierten, anstatt einen strukturierten Ansatz zu verfolgen, sendeten die drei Länder ein starkes Signal: Das neue Europa nach dem Kalten Krieg war nicht darauf ausgelegt, dass reichere Staaten ihre ärmeren postkommunistischen Cousins beherrschen wollten. Das Gegenteil sollte der Fall sein: Die entstehende Ordnung sollte einen inklusiven Charakter haben, der es erlaubte, dass Staaten auf harmonische Art und Weise divergierende Ansichten, Traditionen

¹ Online-Erstveröffentlichung am 12. Mai 2021

und Hintergründe zusammenbringen konnten. Darüber hinaus war das Weimarer Dreieck für Frankreich eine Gelegenheit, substanzielle Beziehungen zu Zentraleuropa aufzubauen, was eine Aufgabe war, die seit Präsident Charles de Gaulle vernachlässigt worden war.

Ungeachtet dessen nahm Polen, als junge Demokratie und Anwärter auf die Mitgliedschaft in NATO und EU, immer eine untergeordnete Rolle in dieser Partnerschaft ein. Ferner war das Weimarer Dreieck wichtiger für Warschau, als es das für Berlin oder Paris war. Nichtsdestotrotz brachte Polen doch einiges an politischem Gewicht auf die Waage, unterstrichen durch den Kampf gegen den Kommunismus, die Bedeutung polnisch-deutscher Aussöhnung und Warschaus konstruktive Rolle in Zentraleuropa. Letzterer Status wird besonders durch die einflussreiche Rolle des Landes als Teil der Visegrád Vier (V4) hervorgehoben, eine Gruppe, die auch die Tschechische Republik, die Slowakei und Ungarn umfasst. Der rasche Erfolg der V4 lieferte einen greifbaren Beweis für Polens Einfluss in der Region und unterstrich das Argument, dass Polen durchaus in der Lage war, innerhalb des Dreiecks über sich hinaus zu wachsen.

Vor diesem Hintergrund hat sich das Weimarer Dreieck nach 30 Jahren in ein flüchtiges Gebilde verwandelt, aus dem heraus Gipfeltreffen nach Bedarf organisiert werden. Die Außenminister der drei Staaten haben sich bis heute 25 Mal getroffen – meistens in den 1990ern und den Nullerjahren – und die Staats- und Regierungschefs neunmal, wobei das letzte Treffen im Jahre 2013 stattfand. Einige der Ad-hoc-Maßnahmen haben sich als brauchbar erwiesen. Dazu gehört eine Initiative aus dem Jahre 2014, angestoßen von den damaligen Außenministern Laurent Fabius, Radosław Sikorski und Frank-Walter Steinmeier, mit dem Ziel, einen Frieden zwischen den Maidan-Demonstranten und dem ukrainischen Präsidenten Yanukovych auszuhandeln. Das jüngste Treffen auf Ebene der Außenminister fand im Oktober 2020 statt, was Spekulationen neue

Nahrung gab, ob das Format nicht doch wieder neu belebt werden würde.

Entwicklungen auf den Ebenen Kultur, Kunst, Geschichtsforschung und gesellschaftliches Engagement hatten einen nachhaltigen Effekt auf die Gesellschaften – auch wenn das nicht immer sofort sichtbar war. Eine Kooperation auf regionaler Ebene innerhalb des Weimarer Dreiecks wurde zum Beispiel 2001 zwischen der Woiwodschaft Schlesien, der französischen Region Nord-Pas-de-Calais (später umbenannt in Hauts de France) und dem deutschen Bundesland Nordrhein-Westfalen ins Leben gerufen. Jährlich stattfindende »Jugendgipfel« repräsentieren nur einen greifbaren Aspekt dieser Kooperation. Ein anderes Resultat, obwohl dieses gerade um seine Relevanz kämpft, ist ein jährlich ausgeschriebener Preis, benannt nach dem polnischen Dichter Adam Mickiewicz, der Einzelpersonen oder Organisationen verliehen wird, die zur Kooperation innerhalb des Weimarer Dreiecks beigetragen haben. Fortschritte auf diesem Gebiet wurden unregelmäßig und unstet erzielt, abhängig von den Launen der politischen Führungen und der Verfügbarkeit von Geldern.

Zunehmend auseinandergelungene Ansichten und Wege

Die unmittelbaren Aussichten für das Weimarer Dreieck als eine zentrale politische Plattform sehen nicht gerade vielversprechend aus. Das Dreieck hat seinen nominellen Zweck bereits erfüllt: Polen ist ein reifes Mitglied europäischer Foren, das weder Anleitung benötigt noch nach ihr fragt. Könnte sich das Dreieck in einen Club politischer Kooperation verwandeln? Wahrscheinlich nicht. Die EU ist deutlich diverser und pluralistischer, als sie es in den frühen 1990ern war. Clubs, deren Mitglieder große Staaten sind, wie informell auch immer ausgestaltet, werden nicht wohlwollend von den kleineren Mitgliedern der Gemeinschaft

betrachtet werden. Zudem hat sich Europas Machtzentrum seit den 1990ern mehr und mehr verlagert, nämlich weg von Frankreich und Deutschland als den beiden inoffiziellen Anführern des Kontinents hin zu diverseren Gruppen, mit Spanien, den Beneluxstaaten und Skandinavien. EU-Institutionen, besonders die Kommission und das Parlament, sind zunehmend völlig eigenständige Akteure. Polnische, deutsche und französische Diplomaten treffen sich täglich Seite an Seite mit ihren Kolleginnen und Kollegen aus anderen Ländern in unzähligen Foren eines vereinten Europa – sei es im Rahmen des Ausschusses der Ständigen Vertreter (AStV) oder des Nordatlantikrates.

Noch bemerkenswerter ist, dass die politischen Übereinstimmungen fehlen, die nötig sind, diese Kooperation voranzutreiben. Tatsächlich findet sich Polen gerade in der Rolle des Gegners derzeitiger Integrationsinitiativen wieder, die von Deutschland und Frankreich vorangetrieben werden. Als ein kulturell eher konservatives Land sieht sich die polnische Öffentlichkeit gerade mit Frauenrechtsthemen und einer Abtreibungsdebatte konfrontiert, die die zahlreichen ideologischen Gräben zeigen, welche die Gesellschaft spalten. Die Errichtung sogenannter »LGBT-freier« Zonen durch Lokalregierungen in Polen hat die Kontroversen in Frankreich und Deutschland nur noch mehr angeheizt. Im März 2021 erklärte der französische Staatssekretär für Europäische Angelegenheiten, Clément Beaune, öffentlich, dass seine Bitte, eine der »LGBT-freien« Zonen in Südpolen zu besuchen, abgelehnt worden sei, was zu einer Verschlechterung der Beziehungen zwischen Paris und Warschau führte. Zudem gab es immer wieder antideutsche Andeutungen aus den Reihen der politischen Elite Polens. Bezug nehmend auf kritische Äußerungen in der Tageszeitung Die Welt und weiteren deutschen Medien reagierte etwa Präsident Andrzej Duda im Rahmen seines Wahlkampfes im Juli 2020 mit der Aussage, er lehne die Vorstellung ab, dass Deutsche Polens Präsidenten wählen könnten.

Die politischen und inhaltlichen Differenzen sind in der Tat enorm. Polen steht der Notwendigkeit, dem Klimawandel entgegenzuwirken, skeptisch gegenüber und hat den Euro bisher gemieden, wobei Warschau klar gemacht hat, dass kein Interesse daran besteht, der gemeinsamen Währung in naher Zukunft beizutreten. Auch ist das Land kein Verfechter finanzpolitischer Integration und ist misstrauisch gegenüber einer Industriepolitik, die »europäische Champions« bevorzugt, sowie gegenüber dem europäischen Binnenmarkt und Immigrationsthemen. Was die Außenpolitik angeht, so verfolgt Polen einen konfrontativeren Kurs gegenüber Russland als Deutschland und Frankreich und scheint auch nicht daran interessiert zu sein, eine aktive Rolle bei der Ausgestaltung der Beziehungen zum Mittleren Osten und zu Nordafrika einzunehmen. Den V4 droht Schiffbruch angesichts der Tatsache, dass die Tschechische Republik und die Slowakei versuchen, sich von Polens und Ungarns europäischer antiliberaler Revolution zu distanzieren. Zusammengenommen lassen diese Themen Polen als politischen Außenseiter dastehen, der in europäischen Ad-hoc-Koalitionen nicht gern gesehen ist.

Alles in allem fehlen der Kooperation der drei Länder auf Regierungsebene ein verbindendes Narrativ und gemeinsame Politiken, die dem Dreieck zu mehr Substanz verhelfen könnten. Die Agenda zur EU-Erweiterung, die helfen könnte, diese Lücke zu füllen, stagniert. Die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) steckt in einem doch sehr bürokratischen Prozess fest. Und die Union ist sich nicht einig darüber, wie sie Russland gegenüber eine einheitliche Front präsentieren soll. Gleichzeitig werden heiklere Tagesordnungspunkte, einschließlich der Wiederaufnahme der Beziehungen zu den USA unter der Biden-Administration und der Reform des multilateralen Systems, eine weitaus vielfältigere Gruppe von Interessenvertretern erfordern, als die drei Länder bieten können.

Back to basics

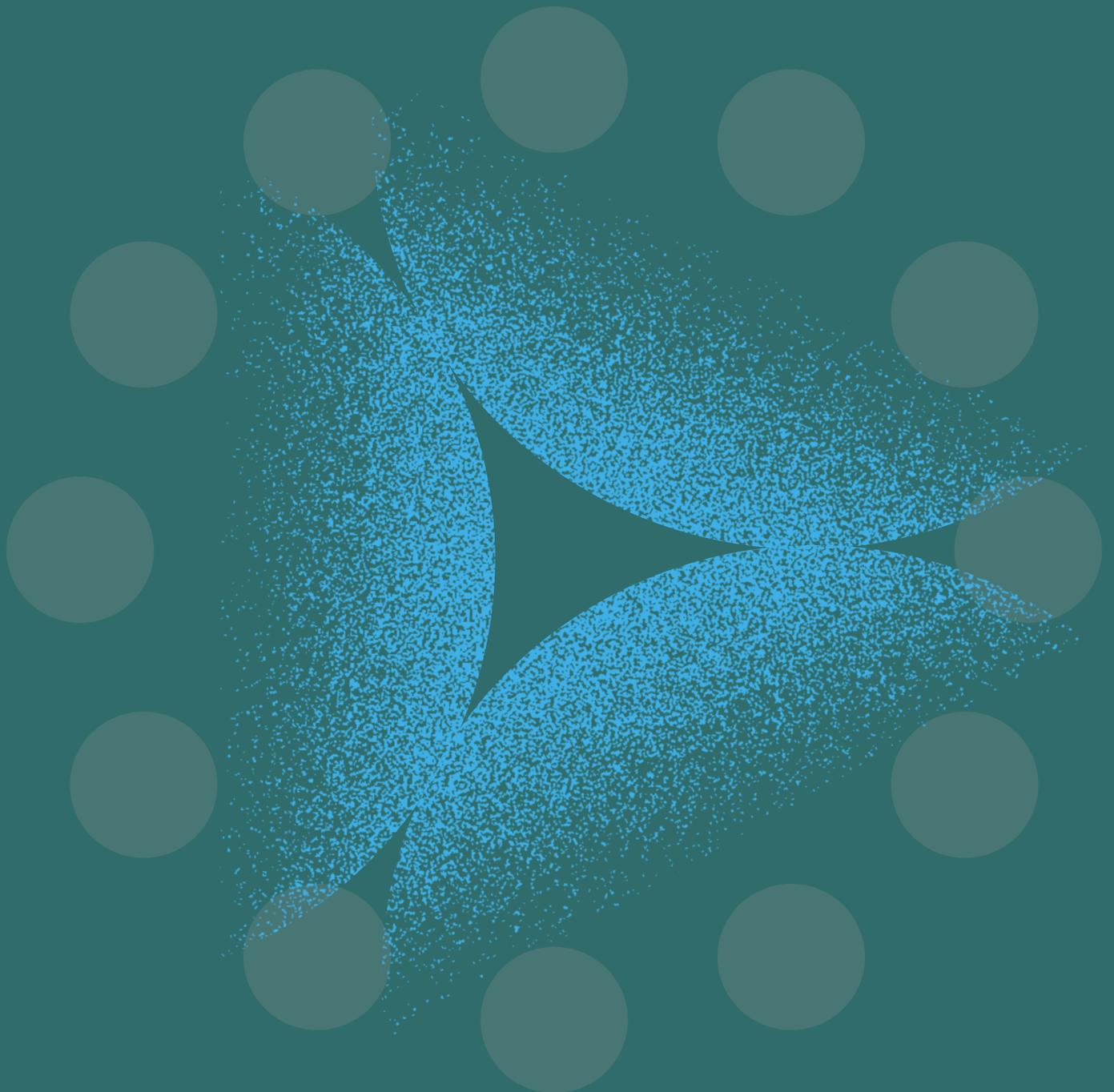
Das Weimarer Dreieck kann wachsen und gedeihen, allerdings nur, wenn die drei Länder politisch und ideologisch eine gemeinsame Linie finden – was derzeit aber nur schwer vorstellbar ist. Sollte sich das politische Klima jedoch ändern, könnte eine Kooperation auf politischer Ebene wiederbelebt werden.

Tatsächlich handelt es sich immer noch grundsätzlich um eine gewinnbringende Kooperation. Kurzfristig wird der beste Weg Richtung Zukunft vom Fokus auf die Basisintegration der drei Gesellschaften abhängen, wozu auch ein Schwerpunkt auf Kunst, Kultur und Geschichte gelegt werden muss. Während die Gesellschaften Deutschlands und Frankreichs nach einem 70-jährigen Prozess bereits verwoben sind, sind zum Beispiel Austauschmöglichkeiten zwischen jungen Polen und Gleichaltrigen im Westen noch nicht ausreichend entwickelt. Es bleiben sprachliche, kulturelle und ökonomische Gräben, und es wird deutlich länger als 30 Jahre brauchen, diese zu überbrücken. Deutschland und Frankreich sind nicht in der Position, Polen dabei zu unterstützen, die tiefen internen soziopolitischen Brüche zu kitten. Daraus folgt, dass es von äußerster Wichtigkeit ist, nun zu den Grundlagen zurück zu finden und den Geist der Initiativen der frühen 1990er wiederzubeleben. Das schließt mit ein, demokratische Grundwerte, Rechtsstaatlichkeit und ziviles Engagement zu achten, die Kommunen zu stärken, die Vernetzung lokaler Regierungen und Zivilgesellschaften zu fördern und Kontakte der Bevölkerungen untereinander zu ermöglichen.

Eben wie die Farnblüte ist das Weimarer Dreieck ein irgendwie illusorisches und flüchtiges Konzept. Gleichzeitig ist der Bedarf einer intensiven Kooperation zwischen den drei Staaten unstrittig, ganz gleich, unter welchem Namen vorgegangen wird. Hierbei handelt es sich um eine logische Notwendigkeit, denn diese Partnerschaft hat in vielerlei Hinsicht bereits beachtliche Wirkungen erzielt, mit und ohne andere Partner.

Teil I

Das Weimarer Dreieck aus der Sicht Deutschlands, Frankreichs und Polens



Das Weimarer Dreieck – ein geopolitisches Zukunftsmodell aus französischer Perspektive²

Paul Maurice

In der gegenwärtigen Situation braucht die Europäische Union (EU) einen neuen, größeren »Motor«, und dabei ist Polen ein natürlicher Partner für Frankreich und Deutschland in Mitteleuropa. Aus französischer Sicht ist das Weimarer Dreieck ein Schlüsselformat zur Bewältigung der sicherheits- und verteidigungspolitischen Herausforderungen nach dem Brexit; darüber hinaus soll es als Instrument der wirtschaftlichen und industriellen Zusammenarbeit für den europäischen »Green Deal« fungieren; und zu guter Letzt ist es eines der Foren, in denen die geopolitischen Ambitionen einer strategischen Autonomie Europas zur Geltung gebracht werden können.

Das Weimarer Dreieck ist ein informeller Zusammenschluss, welcher der multilateralen Zusammenarbeit und Beratung zwischen Frankreich, Deutschland und Polen dient. Seit seiner Gründung stützt sich dieses »politische Ufo« – wie Roland Dumas, ehemaliger französischer Außenminister und ehemaliger Präsident des französischen Verfassungsgerichts, es einst nannte – auf keinen verbindlichen Vertrag zwischen den drei beteiligten Staaten. Dennoch hat es die Integration Polens in das transatlantische Bündnis und in die EU entscheidend vorangetrieben. Ungeachtet dieser Erfolge und der besonderen Beziehungen, die sie miteinander geknüpft haben, ist es den drei Ländern allerdings nicht gelungen, das Format darüber hinaus mit Leben zu füllen. Die aktuellen Divergenzen zwischen den drei Partnern sind, vor allem mit Blick auf die Frage der Achtung der Rechtsstaatlichkeit, immens – ganz besonders seit in Polen die konservative PiS 2015 an die Macht zurückgekehrt ist. Auch wenn im März 2021 die Polemik rund um einen geplanten (und letztlich abgesagten) Besuch des französischen Staatssekretärs für europäische Angelegenheiten Clément Beaune in einer jener polnischen Gemeinden, die sich zu »LGBT-freien Zonen« erklärten, hohe Wellen schlug,

muss das Weimarer Dreieck nichtsdestotrotz als unentbehrliche Plattform zur Diskussion rechtsstaatlicher Fragen innerhalb der EU bestehen bleiben.

Seit dem Staatsbesuch des französischen Präsidenten Emmanuel Macron in Polen am 3. und 4. Februar 2020 und dem des polnischen Premierministers Mateusz Morawiecki in Frankreich am 17. März 2021 zeichnet sich eine Wende in den Beziehungen zwischen Paris und Warschau ab: Der französische Präsident, der 2017 noch die »Verletzung der europäischen Werte« durch das Partnerland angeprangert hatte, gab sich extrem zurückhaltend. Und tatsächlich wollte er dadurch seine scharfe Kritik an Polen in Sachen Klimapolitik und Anfechtung des Rechtsstaats vergessen machen. Im Rahmen der gegenseitigen Staatsbesuche sprachen sich Macron und Morawiecki dann auch für die Wiederbelebung des Weimarer Dreiecks aus, und dies vor dem Hintergrund, dass Polen, Frankreich und Deutschland nach dem EU-Austritt Großbritanniens zusammen 42% des BIP der Europäischen Union ausmachen. Trotz der Spannungen im Herbst 2020, als Polen die Verabschiedung des EU-Haushalts vorübergehend blockierte, weil es sich weigerte, einer Koppelung des Anspruchs auf EU-Mittel an die Achtung der Rechtsstaatlichkeit zuzustimmen, scheint Frankreich gewillt, das Land erneut zu einem Verbündeten in Europa zu machen. So betonte der französische Präsident etwa bei seinem Besuch in Warschau im Februar 2020 die Übereinstimmungen beider Länder hinsichtlich ihres Eintretens für die Souveränität Europas in militärischer, wirtschaftlicher, klimapolitischer und strategischer Hinsicht. Für Frankreich besteht die Herausforderung also darin, durch die Intensivierung der Zusammenarbeit im Weimarer Dreieck zu einem neuen Gleichgewicht in einer durch den Brexit veränderten EU zu finden.

Ein Schlüsselformat für Sicherheits- und Verteidigungsfragen

Der Brexit begünstigt eine Wiederaufnahme der Gespräche innerhalb des Weimarer Dreiecks, vor allem in Bezug auf die Frage einer Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU. Denn durch den Austritt Großbritanniens verliert Polen einen einflussreichen Verbündeten, eine proatlantische und gegenüber Russland überaus misstrauische Stimme. Und auch Frankreich büßt einen wichtigen geopolitischen und militärischen Partner ein. Vor diesem Hintergrund hat die polnische Regierung ein verstärktes Interesse an den deutsch-französischen Rüstungsprogrammen, insbesondere am Future Combat Air System (FCAS) oder am mit der Entwicklung eines europäischen Kampfpanzers befassten MGCS (Main Ground Combat System). Frankreich und Deutschland wollen mit ihrer Bereitschaft zu einer solchen Rüstungszusammenarbeit Polen beweisen, dass es kein Außenseiter am Rockzipfel des deutschfranzösischen Paares ist und dass man es in Kernfragen der EU-Sicherheit schwerlich übergehen kann. Die französische und deutsche Rüstungsindustrie kann sich hierbei auf den polnischen Rüstungskonzern Polska Grupa Zbrojeniowa verlassen. Und die polnische Industrie kann in den trilateralen Gesprächen einige bislang gemeinsam mit den Briten entwickelte Projekte in die Waagschale werfen, beispielsweise ein Konzept für einen »Tarnkappen«-Panzer (WWB Gepard). Warschau hofft also, nach dem Brexit mit Hilfe von Paris und Berlin wieder zu einem Hauptakteur auf der europäischen Bühne zu werden, und ist deshalb bestrebt, das Weimarer Dreieck auf höchster politischer Ebene zu erneuern.

Um den Weg für eine Kooperation in Verteidigungsfragen zu ebnen, muss Frankreich deutlich machen, dass die deutsch-französische Kooperation grundsätzlich offen für Dritte ist. Paris und Berlin müssen in diesem Zusammenhang auf Warschau zugehen. Es besteht zwar die Gefahr, dass sich die ohnehin bereits

schwierige Zusammenarbeit zwischen den französischen Rüstungsunternehmen und ihren deutschen Partnern dadurch noch komplizierter gestaltet. Aber die politischen Konsequenzen wären weitaus gravierender, wenn sich die osteuropäischen EU-Staaten von den Gemeinschaftsprojekten ausgeschlossen fühlen würden. Das derzeit krisengeschüttelte Europa braucht also ein Weimarer Dreieck, das sich auf die Sicherheits- und Verteidigungsfragen konzentriert.

Ein Instrument der industriellen Zusammenarbeit im Bereich der Energiewende

Frankreich möchte seine trilateralen Beziehungen mit Polen und Deutschland vertiefen, insbesondere im Bereich der Industrie- und Wirtschaftspolitik und im Kampf gegen den Klimawandel. Es hofft dabei auf eine strategische Partnerschaft mit Polen, das sich für Alternativen zum bislang dominierenden Energieträger Kohle und vor allem für die französische Atomkraft interessiert. Deutschland, Frankreich und Polen veranschaulichen in der Tat die große Vielfalt europäischer Energieprofile, nicht zuletzt mit Blick auf die Bedeutung der Atomenergie im jeweiligen nationalen Energiemix. Aus Sicht Frankreichs können CO₂-Neutralität und Energieunabhängigkeit der EU ohne Atomkraft nicht erreicht werden. Deutschland hingegen, das 2011 den endgültigen Atomausstieg beschlossen hat, betrachtet russisches Erdgas als eine Alternative für die Übergangsphase. Die Debatten rund um die Gaspipeline Nord Stream 2 und die durch dieses Projekt ausgelösten innereuropäischen Spannungen – insbesondere seitens des mit der Ukraine solidarischen Polens, welches den deutschen Standpunkt in dieser Frage ablehnt – sind bezeichnend für die Gegensätze innerhalb des Weimarer Dreiecks. Trotz dieser Divergenzen ist eine Annäherung der drei Akteure auf der Grundlage konkreter Vorhaben zur Energiewende möglich, was sich als echtes Glück für die trilaterale Zusammenarbeit

erweisen könnte. Tatsächlich wird von den drei Ländern erwartet, dass sie eine entscheidende Rolle bei der Implementierung des europäischen »Green Deal« spielen, indem sie Industrievorhaben wie die Elektro-batterie der Zukunft oder Brennstoffzellen für die Energiespeicherung voranbringen. Auf regionaler Ebene findet eine solche Kooperation im Übrigen bereits statt, und zwar zwischen der französischen Region Hauts-de-France, der polnischen Woiwodschaft Schlesien und dem deutschen Bundesland Nordrhein-Westfalen, die gemeinsam über Wasserstoffstrategien als Energielösung für den Strukturwandel der Industrieregionen nachdenken.

Ein Instrument zur Behauptung der strategischen Unabhängigkeit der EU

Beim letzten Treffen der drei Außenminister am 15. Oktober 2020 in Paris konnten einige Divergenzen bezüglich der strategischen Unabhängigkeit der EU und der transatlantischen Verpflichtungen überwunden werden, was von Paris als starkes politisches Signal gewertet wird. Die daraus hervorgegangene gemeinsame Erklärung der Außenminister Jean-Yves Le Drian, Heiko Maas und Zbigniew Rau zeigt, dass das Weimarer Format der Annäherung in allen geopolitischen Fragen dienen kann, die die EU umtreiben. Die drei Minister nahmen einvernehmlich Stellung zur Lage in Belarus, zum Konflikt zwischen Armenien und Aserbaidshan, zum andauernden Ukraine-Konflikt und zum Mordanschlag auf den russischen Oppositionspolitiker Alexej Nawalny. Sie bekräftigten erneut, wie wichtig ihnen die Beibehaltung einer entschlossenen Haltung gegenüber Russland ist. Franzosen und Deutsche müssen mehr Verständnis für die polnischen Ängste vor einem als echte Bedrohung wahrgenommenen Russland aufbringen. Darüber hinaus unterscheiden sich die Positionen zur türkischen Intervention im östlichen Mittelmeer weiterhin grundlegend, obwohl alle drei Länder an die Türkei appelliert haben, auf jegliches einseitige

Handeln zu verzichten und die Bereitschaft Istanbuls zu einem vertrauensvollen Dialog unter Beweis zu stellen. Zwar hat der Dreierbund Polen dazu gebracht, die Sanktionen gegen die Türkei zu unterstützen, im Allgemeinen entspricht der polnische Standpunkt aber eher dem anderer mitteleuropäischer Sanktionsgegner, insbesondere Ungarns.

Frankreich, Deutschland und Polen erinnerten auch an ihr Engagement für die Verabschiedung einer spezifischen, gemeinsamen europäischen Strategie für den indopazifischen Raum, um die Beziehungen zwischen der EU und China wieder ins Gleichgewicht zu bringen. Schließlich haben sie auch die Rolle der NATO als Grundlage für die kollektive Verteidigung der Bündnispartner bekräftigt und zugleich betont, wie wichtig es ist, weiter am Aufbau einer starken Sicherheits- und Verteidigungspolitik für die EU zu arbeiten, und damit ihre Kompromissfähigkeit unter Beweis gestellt.

Das Weimarer Dreieck spielt nicht nur für die gegenseitige Abstimmung der Standpunkte der drei Staaten eine entscheidende Rolle, sondern könnte, gemäß dem von Emmanuel Macron bei seiner Rede an der Sorbonne geäußerten französischen Wunsch, auch die treibende Kraft für eine stärkere strategische Präsenz der EU auf der internationalen Bühne sein.

Ein französisches Engagement, das trotz erheblicher Herausforderungen eine Ergänzung der gemeinsamen Ziele darstellt

Wie eingangs erwähnt, braucht Europa in der gegenwärtigen Situation einen neuen, größeren »Motor«, und dabei ist Polen der natürliche Partner Frankreichs und Deutschlands in Mitteleuropa. Das Weimarer Dreieck hat zwar das Potenzial, ein angemessener

Rahmen für die Umsetzung einer strategischen Autonomie Europas zu sein. Seine größte Schwäche liegt jedoch im unterschiedlichen Grad des Engagements der drei Partner in dieser neuartigen Form der Zusammenarbeit. Die Umsetzung bleibt zwar schwierig, aber die derzeitige Ausrichtung Frankreichs innerhalb dieser Dreier-Kooperation könnte die Ziele der beiden anderen Partner ergänzen. Durch sie kann es gelingen, neue Perspektiven zu finden, die sich vor allem in zwei Richtungen orientieren müssen: auf der einen Seite hin zu Fragen der Geopolitik und der europäischen Sicherheit und auf der anderen Seite hin zu einer nachhaltigen Industrie- und Wirtschaftspolitik. Gleichwohl bleiben die Herausforderungen immens, und es wird Kraft kosten, ihnen gerecht zu werden.

Das Weimarer Dreieck aus deutscher Sicht: Neuer Schwung, aber keine Überforderung³

Kai-Olaf Lang und Ronja Kempin

Das Weimarer Dreieck könnte für Deutschland europapolitischen Mehrwert generieren. Der trilaterale Rahmen eignet sich, um drei wichtige deutsche Anliegen voranzubringen: den Zusammenhalt Europas zu sichern, die Legitimität deutscher bzw. deutsch-französischer Europapolitik zu verbessern und schwierige Entscheidungsfindungsprozesse zu erleichtern. Die Erfahrungen aus drei Jahrzehnten Weimarer Kooperation mahnen aber zur Vorsicht. Das Dreieck darf nicht überfrachtet werden, sondern sollte mittels gezielter Schwerpunktsetzung mit Inhalten gefüllt werden.

Es gibt wenige Konstrukte zwischenstaatlicher Kooperation in Europa, in denen Potenzial und Realität so weit auseinanderklaffen wie im Weimarer Dreieck. Den weitreichenden Möglichkeiten einer vertieften Zusammenarbeit zwischen Frankreich, Deutschland und Polen steht eine ernüchternde Bilanz von drei Jahrzehnten trilateralen Engagements entgegen. Zu den größten Schwachstellen des Formats gehört zweifelsfrei, dass die Beziehungen zwischen den Partnern asymmetrisch sind. Während die deutsch-französische Zusammenarbeit auf Grund ihrer Dichte ein Alleinstellungsmerkmal besitzt, bleibt die deutsch-polnische Partnerschaft bei aller Intensität störanfällig. Sie ist überdies oft mit sich selbst beschäftigt. Die Beziehungen zwischen Frankreich und Polen schließlich bleiben differenzbeladen und ausbaufähig. Doch auch die deutsche Haltung hat maßgeblichen Anteil daran, dass das Weimarer Dreieck hinter seinen Möglichkeiten bleibt.

Deutschland und das Weimarer Dreieck: 30 Jahre Ambivalenz

Aus der Perspektive der Bundesrepublik kommt dem Weimarer Dreieck bis heute die Rolle eines Forums zu, das Vertrauen stiften, Trennlinien überbrücken und europäische Handlungsfähigkeit verbessern kann. In der Anfangsphase des Dreiecks ging es Berlin darum, durch gemeinsames Agieren mit Frankreich zu signalisieren, dass die neue Bundesrepublik keinen mitteleuropäischen Sonderweg gehen und – lange vor der Osterweiterung von EU und NATO – Stabilität in einer ungewissen geopolitischen Lage auf dem Kontinent fördern wollte. In der Periode der sich anbahnenden EU-Erweiterung wurde das Weimarer Dreieck als Plattform gedacht, um Polens EU-Beitritt zu unterstützen. In dieser Frühphase zeigte sich jedoch bereits, dass das Dreieck in der politischen Praxis eine eher untergeordnete Rolle spielte. Auch nach dem Vollzug des EU-Beitritts Polens konnte die Dreierzusammenarbeit bis auf wenige Ausnahmen keinen rechten Schwung entfalten. Dabei hätten die deutschen Interessen an »Weimar« profilierte Aktivitäten aus Berlin erwarten lassen. Wie Frankreich befürchtete auch Deutschland, dass eine Aufwertung des Dreierbundes einhergehen würde mit einer Infragestellung des deutsch-französischen Duos, seiner Exklusivität und Prägekraft. Bis heute ist die deutsche Haltung zum Weimarer Dreieck ambivalent. Sie schwankt zwischen demonstrativer Offenheit und praktischer Zurückhaltung. Paris drängte Berlin nicht dazu, sich stärker auf die polnische Nachfrage nach mehr Weimar einzulassen.

Mehrwert für die deutsche Europapolitik: Zusammenhalt – Legitimität – Kompromiss

Angesichts der Vielzahl an Krisen und Ungewissheiten, mit denen Europa und die EU gegenwärtig konfrontiert sind, sollte sich Deutschland vor dem Hintergrund

³ Online-Erstveröffentlichung am 26. Mai 2021

seiner europapolitischen Interessen trotz aller Unzulänglichkeiten wieder stärker auf Weimar besinnen. Gerade bei wichtigen Zielkonstanten deutscher Europapolitik, nämlich der Fortentwicklung der europäischen Integration bei Stärkung ihrer inneren und äußeren Handlungsfähigkeit unter akzeptanzsicherndem Einbezug möglichst vieler Mitgliedstaaten, könnte das Weimarer Dreieck hilfreich sein. Mit seinem Gewicht und seiner Spannweite kann es, so der politische Wille gesichert wird, mehr leisten als andere Gruppenbildungen in der EU. Für die deutsche Europapolitik sind drei Beiträge von besonderer Bedeutung:

1. *Sicherung des Zusammenhalts der EU:* Das Dreieck überbrückt die alte und abermals bedeutsame Ost-West-Differenz in der EU. Es bezieht mit Polen ein Mitgliedsland ein, das nicht Bestandteil der Eurozone ist und das aufgrund von Konflikten über Fragen der Rechtsstaatlichkeit mit Brüssel und auch mit Berlin und Paris über Kreuz liegt. Mehr Weimar hieße daher symbolisch wie praktisch mehr Einheit der EU – eine Priorität der deutschen Europapolitik.
2. *Mehr Legitimität:* Die dreiseitige Zusammenarbeit ist vielleicht kein Gegenentwurf zur gerade in Polen, aber auch in vielen anderen Mitgliedstaaten kritisierten (vermeintlichen) deutsch-französischen Hegemonie in der Gemeinschaft, aber sie ist, so sie aufgewertet würde, zumindest ein Beleg für ein ernsthaftes Bemühen, »Öffnungen« des deutsch-französischen Paares bzw. Andockstellen an den Dialog zwischen Paris und Berlin zu schaffen.
3. *Forum zur Vorbereitung von Kompromissen in europäischen Verhandlungsprozessen:* Dieses Anliegen ist ambitioniert, aber durchaus machbar. Weimar wird natürlich in vielen Angelegenheiten keine Patentlösungen bieten, aber es kann als Vorabklärungsstelle in Einzelfällen durchaus zum Abgleich und Ausgleich von Interessen dienen.

Ähnlich selektiv kann Weimar auch als Impulsgeber ins Spiel gebracht werden. Mit seinem Gewicht kann es zumindest Anstöße und Entwicklungsinitiativen präsentieren, die nicht ohne Weiteres ignoriert werden können.

Für Berlin könnte das Weimarer Dreieck schließlich eine zusätzliche Dialogebene darstellen, über die die teils schwierigen Beziehungen zu Polen um europapolitische Themen ergänzt werden könnten. Insbesondere in für Deutschland wichtigen Fragen der Sicherheits-, Außen- oder Wirtschaftspolitik könnte ein Gleichklang mit Polen im Weimarer Dreieck genutzt werden, um Frankreichs Einfluss auszubalancieren. Hier geht es insbesondere darum, die für Deutschland so wichtige Geschlossenheit der EU-27 zu bewahren und die insbesondere von Frankreich befürwortete Differenzierung der Integration zu vermeiden. Schließlich würde das Weimarer Dreieck Berlin auch die Möglichkeit eröffnen, Themen trilateral zu besprechen, die deutschen Interessen entgegenstehen. Dazu gehört etwa die französisch-polnische Kooperation in der Energiepolitik, insbesondere beim Thema Atomkraft.

Neue Akzente in der Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik

Dem Weimarer Dreieck muss neuer Schwung verliehen werden. Nur so wird es in der Lage sein, die genannten Beiträge zu erbringen. In der Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik sollte Deutschland seine Partner zu einem realistischen Dialog über die strategische Autonomie Europas einladen. Im Mittelpunkt der Verständigung sollten konzeptionelle Überlegungen stehen, die darauf abzielen, den Übergang zu mehr Unabhängigkeit von den USA zu beschreiben. Alle drei Weimar-Staaten stimmen darin überein, dass Europa nicht in ein sicherheits- und verteidigungspolitisches Vakuum geraten darf. Parallel dazu sollte Berlin die verteidigungspolitische

Zusammenarbeit vorantreiben: Polen sollte die Möglichkeit eröffnet werden, sich am deutsch-französischen Panzerprojekt Main Ground Combat System (MGCS) zu beteiligen. Französische Streitkräfte sollten an das Multinationale Korps Nord-Ost (MNC NE) in Stettin entsandt und ein polnischer Heeresverband in die deutsch-französische Brigade integriert werden. Im Rahmen der Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit der EU sollte Deutschland schließlich Projekte vorschlagen, an denen Frankreich, Polen und Deutschland beteiligt sind. Im Mittelpunkt könnte der Aufbau von Fähigkeiten stehen, die Cyberangriffe und Desinformationskampagnen verhindern.

In der Nachbarschaftspolitik sollte Berlin einen Vorstoß zur Abstimmung des ostpolitischen Handelns machen. Belarus bietet sich als Testfall besonders an, obgleich sich die Interessen der Weimar-Staaten hier bereits stark gleichen. Im Zusammenhang mit den Ereignissen auf dem Kiewer Maidan zeigten die Außenminister des Weimarer Dreiecks 2014, dass das Dreieck auch in einem heißen Konflikt eine Rolle spielen kann. Derlei Fähigkeiten könnten punktuell auch in anderen herausfordernden Situationen in der europäischen Nachbarschaft genutzt werden. Es wäre aber vermessend, das Weimarer Dreieck zu einem Instrument des Krisenmanagements hochzustilisieren. Wegen ihrer unterschiedlichen geopolitischen Prioritäten würden die Partner des Dreiecks an dieser Aufgabe scheitern. In der Politik der Östlichen Partnerschaft (ÖP) könnte das Weimarer Dreieck gleichwohl auf der Grundlage der im März 2020 veröffentlichten Gemeinsamen Mitteilung der EU mit ihren fünf Prioritäten für die ÖP nach 2020 (die vermutlich auch nach dem 2021 anstehenden ÖP-Gipfel Bestand haben werden) Perspektiven für deren Weiterentwicklung eröffnen. Gemeinsame Erklärungen auf hoher politischer Ebene könnten zur Herausarbeitung eines neuen Narrativs für realistische Entwicklungsmöglichkeiten der ÖP beitragen und dabei Aussichten vor allem für die an einer weiteren

Annäherung an die EU interessierten Länder mit Assoziierungsabkommen formulieren.

Impulse bei Zukunftsthemen: Klima, Digitalisierung, Industriepolitik

Das Weimarer Dreieck sollte schließlich Impulse setzen bei den Zukunftsthemen Klimaschutz, Digitalisierung und Industriepolitik. Wie alle anderen Mitgliedstaaten stehen Frankreich, Deutschland und Polen vor vielfältigen Herausforderungen mit der anstehenden Transformation von Industrie, Energiesektoren, Mobilität und zahlreichen anderen Bereichen des Wirtschaftslebens. Angesichts ihrer starken produzierenden Basis und einer hohen Weltmarktintegration haben die drei Länder trotz abweichender industrieller und energie-wirtschaftlicher Profile ein gemeinsames Interesse an einer entschlossenen und raschen Modernisierung ihrer Volkswirtschaften durch die Stärkung von Innovationsvermögen, Resilienz und Wettbewerbsfähigkeit. Die Wirtschaftsministerien der drei Länder hatten bereits im Juli 2019 eine gemeinsame Initiative zur EU-Wettbewerbspolitik vorgelegt. Angesichts der Anpassungserfordernisse des Green Deal sowie des digitalen Wandels könnten sie unter Bezugnahme auf die zwischenzeitlich vorgelegte Industriestrategie der EU einen neuerlichen Vorstoß unternehmen, bei dem die Förderung strategischer Industriezweige sowie die Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit unter den neuen Rahmenbedingungen und in Anbetracht der Erfahrung der Corona-Pandemie berücksichtigt werden.

Über diesen Kontext hinausreichend könnten die Partner des Weimarer Dreiecks gemeinsam über die Zukunft der energiewirtschaftlichen Basis klimaorientierten Wirtschaftens in der EU nachdenken. Die sich abzeichnende Annäherung Frankreichs und Polens in Fragen der Kernenergie (Polen plant, in die Atomkraft einzusteigen) steht im Gegensatz zu Deutschlands

Ausstiegsplänen. Hierbei würde es nicht darum gehen, die jeweils anderen Seiten von ihrer Grundsatzentscheidung abzubringen, aber über die energie-, klima- und europapolitischen Folgen abweichender Strukturen im Energiemix nachzudenken.

Bei all diesen Projekten gilt gleichsam: Die Weimarer Zusammenarbeit darf nicht überfordert werden. Die Erfahrungen aus den letzten 30 Jahren mahnen zu Bescheidenheit und Realismus. Die Weimarer Zusammenarbeit gelingt, wenn sie sichtbar und spürbar ist, aber vor allem mit Schwerpunktsetzungen und einem Gespür für das Machbare betrieben wird.

Der diskrete Charme der Dissonanz: Das Weimarer Dreieck aus polnischer Sicht⁴

Ryszarda Formuszewicz

Das Potenzial des Weimarer Dreiecks war in letzten Jahren von Unstimmigkeiten überschattet. Trotz aller politischen und ideologischen Spannungen bleibt das Format jedoch europapolitisch nützlich. Es könnte für die Stärkung der Handlungsfähigkeit, Resilienz und Kohäsion der Europäischen Union in der aktuellen Weltlage eingesetzt werden. Voraussetzung dafür ist jedoch, die bestehenden Meinungsverschiedenheiten als Anreiz für die gemeinsame Suche nach Lösungen zu betrachten.

Rückblickend auf die drei Jahrzehnte seines Bestehens weist das Weimarer Dreieck eine gemischte Bilanz vor. Aus polnischer Sicht hat sich das Format teilweise als nützlicher Konsultations- und Kooperationsrahmen bewährt. Dies zeigt sich nicht zuletzt in der Ausweitung der trilateralen Treffen von der ursprünglichen Konstellation der Außenminister über weitere Ressorts bis zur höchsten politischen Ebene. Gleichzeitig durchlief das Format immer wieder Phasen der Stagnation, wobei eine abnehmende Intensität der Konsultationen sowohl im Hinblick auf ihre Häufigkeit als auch auf ihre inhaltliche Ausrichtung zu verzeichnen ist. Im Kontrast zur weitsichtigen strategischen Vision seiner Gründungsväter fehlte es wiederholt am synchronisierten Interesse aller drei Partner des Weimarer Dreiecks, das Potenzial des Trios voll auszuschöpfen. Mehrmals litt die trilaterale Zusammenarbeit unter politischen Unstimmigkeiten auf bilateraler Ebene oder schlicht unter Desinteresse – letzteres insbesondere von Pariser Seite. Dennoch haben jene Annahmen, die der Initiierung des Weimarer Dreiecks im Jahr 1991 zugrunde lagen, nichts an Bedeutung eingebüßt. Gerade zum gegenwärtigen Zeitpunkt, an dem Europa erneut mit einem fundamentalen Wandel in der Welt konfrontiert wird, könnte das Weimarer Dreieck zur Handlungsfähigkeit, Krisenresilienz und Kohäsion der Europäischen Union beitragen.

Symbole und Interessen

Aus polnischer Sicht besteht die grundsätzliche Zielsetzung der trilateralen Kooperation darin, der Teilung Europas entgegenzuwirken. Ursprünglich stand die Überwindung der Folgen sowjetischer Dominanz im Osten Europas im Mittelpunkt. Aus der Sicht Warschaws stellte das Weimarer Dreieck eine proaktive Antwort auf den politischen Umbruch in Europa dar. Mit seinem Grundgedanken der Wiedervereinigung Europas spiegelte es – allen nach dem Zweiten Weltkrieg aufgedrängten politischen Abhängigkeiten zum Trotz – auch das tief verwurzelte Gefühl der inneren Zugehörigkeit Polens zum Westen wider. Dementsprechend versuchte man das Weimarer Dreieck als Begleit- und Unterstützungsinstrument im Streben nach Einbindung in europäische und transatlantische Integrationsstrukturen einzusetzen. Die Teilnahme an einem exklusiven Format signalisierte auch nach außen eine Aufwertung des aufstrebenden EU-Beitrittskandidaten.

Im Hinblick auf den 2004 vollzogenen EU-Beitritt wurde von polnischer Seite die Funktionalität des Formats umdefiniert. Im Zentrum stand fortan der Anspruch auf die Mitbestimmung und Mitgestaltung des europäischen Projekts. Folgerichtig sollte nach den Vorstellungen Warschaws das Weimarer Dreieck dem erhöhten Bedarf an europapolitischen Konsultationen Rechnung tragen. Die minilaterale Konfiguration der drei Staaten sollte eine Reihe von Funktionen erfüllen. Das Dreieck sollte als Forum für Konsultation und Kompromissfindung fungieren sowie zum vertieften Verständnis der politischen Positionen beitragen. Des Weiteren bemühte sich Polen auch darum, beide Weimarer Partner für die Herausforderungen in der östlichen Nachbarschaft der EU zu sensibilisieren. Gleichzeitig versuchte Warschau, seine wachsenden Ambitionen eines aufstrebenden Mitgestalters mit eigenen politischen, wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Interessen zu verfolgen.

⁴ Online-Erstveröffentlichung am 2. Juni 2021

Der Mehrwert der trilateralen Kooperation für Europa wurde in Polen in einer erhöhten Legitimität der in diesem Rahmen entwickelten Vorschläge gesehen. Nach der Osterweiterung spiegelten rein deutsch-französische Kompromisse nicht mehr ausreichend die innere Diversität der Europäischen Union wider. In die erweiterte EU flossen nunmehr auch Erfahrungen, Identitäten und Befindlichkeiten der neuen Mitglieder ein, unter denen Polen das größte Land darstellte. Dieses Argument zählte jedoch für seine Weimarer Partner nur bedingt. Auch nachdem der Integrationsprozess mit dem Austritt Großbritanniens einen neuen Wendepunkt erreichte, setzten Paris und Berlin größtenteils auf den deutsch-französischen Bilateralismus, was im Aachener Vertrag zum Ausdruck kam.

Anhaltendes Interesse an der Dreier-Kooperation

Während der vergangenen drei Jahrzehnte zeigte Polen starkes Interesse an der trilateralen Kooperation. Je nach der aktuellen Lage plädierte Warschau fast kontinuierlich bei verschiedenen Gelegenheiten entweder für deren Vertiefung oder deren Wiederbelebung. Dementsprechend wurde aus polnischer Perspektive auch die Diskrepanz zwischen Erwartungen und politischer Praxis besonders stark wahrgenommen. Einerseits war man vom Nutzen des Weimarer Dreiecks weitgehend überzeugt, andererseits ließen sich anhand praktischer Erfahrungen immer wieder die Unzulänglichkeiten des Formats erkennen. Dieses blieb naturgemäß allen Fluktuationen auf der bilateralen Ebene ausgesetzt. Dementsprechend beeinträchtigten die politischen Spannungen zwischen Polen und seinen beiden Weimarer Partnern in den letzten Jahren die Fortsetzung der trilateralen Kooperation. Eine erhebliche Belastung entstand infolge der Auseinandersetzung über Fragen der Rechtsstaatlichkeit zwischen der polnischen Regierung einerseits und den EU-Institutio-

nen sowie den einzelnen Mitgliedstaaten andererseits. Unter diesen Umständen sieht sich der wiederholt geäußerte Wunsch, die Zusammenarbeit wiederzubeleben, mit hohen Hürden konfrontiert.

Den passenden Rhythmus wiederherstellen

Alle drei Staaten tragen jedoch weiterhin die Verantwortung für »das Gelingen zukunftsfähiger Strukturen« – wie es in der Gründungserklärung des Weimarer Dreiecks von 1991 heißt. Für die Europäische Union steht angesichts der politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Folgen der Pandemie so viel auf dem Spiel, dass sich das europapolitische Potenzial der Konfiguration nicht vernachlässigen lässt. Es käme fast einer Verschwendung von knappen Ressourcen gleich, den trilateralen Rahmen für einen konstruktiven Austausch ungenutzt zu lassen. Dies gilt nicht nur im Hinblick auf die aktuelle Agenda der EU, sondern gleichermaßen in Bezug darauf, wie sich die EU künftig aufstellen soll – auch wenn Polen bis auf Weiteres außerhalb der Eurozone bleiben wird.

Es ist zwar unbestreitbar, dass in vielen Punkten die Vorstellungen bezüglich der weiteren Entwicklung der EU auseinandergehen. Ein trilateraler Austausch könnte jedoch das Vertrauen in alle Richtungen stärken, Befürchtungen abschwächen und konfliktbeladene Fragestellungen versachlichen. Hieraus könnten Vorschläge entstehen, die größere Chancen auf Erfolg haben, weil diesen eine Interessenabwägung vorausgehen würde. Ein solcher Ansatz setzt jedoch voraus, bestehende und erwartbare Meinungsverschiedenheiten nicht bloß als Störfaktor zu betrachten, sondern als Anreiz auf der Suche nach Lösungen. Die hohe Latte der wachsenden Konsonanz sollte vielmehr als angestrebtes Ziel denn als Anfangsvoraussetzung betrachtet werden.

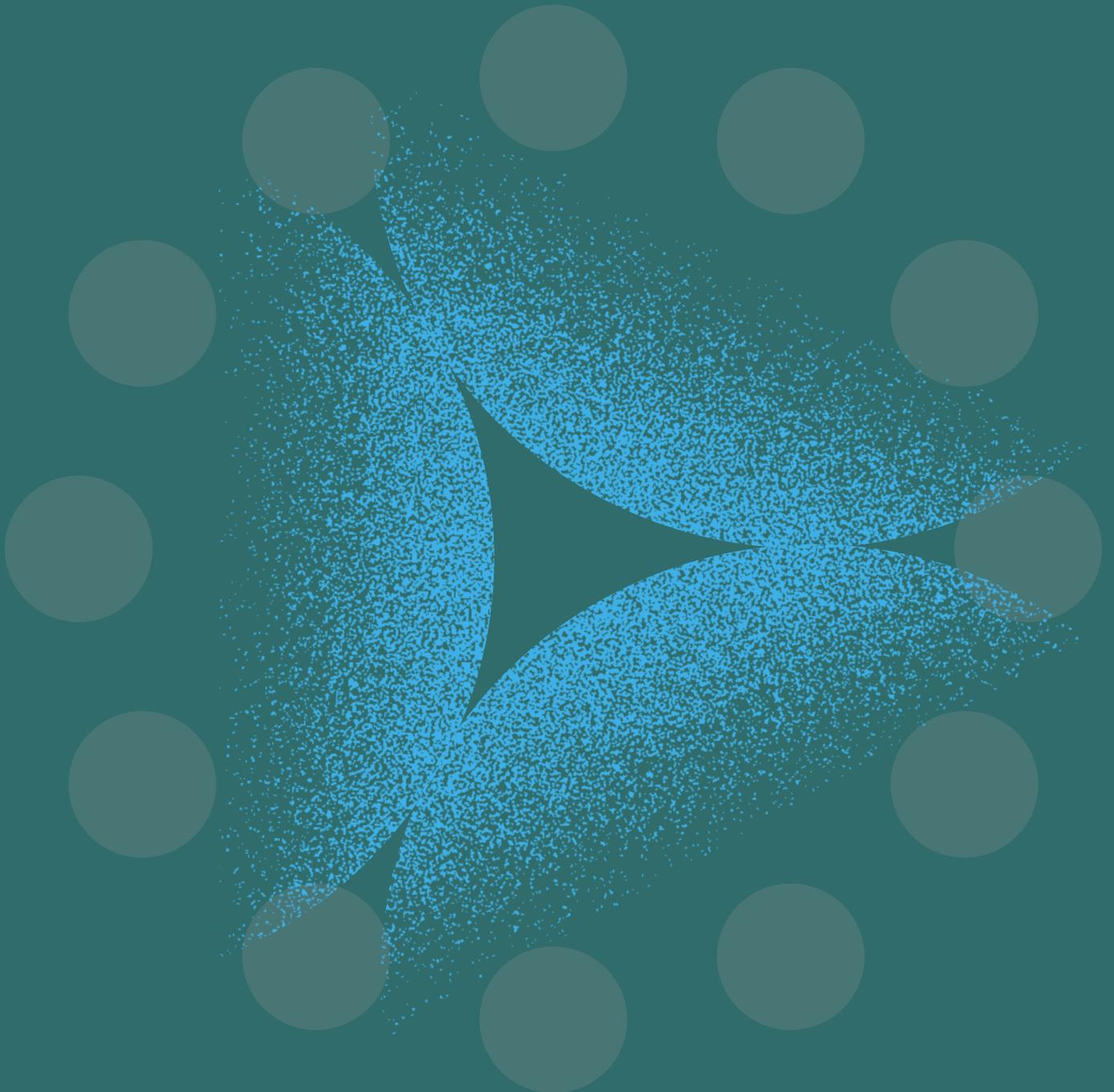
Der einfachste Weg wäre es, die Regelmäßigkeit der politischen Konsultationen Schritt für Schritt wiederherzustellen. Es wäre allerdings dringend nötig, mehr Gelegenheiten für den Austausch über bestehende Divergenzen und abweichende Interessenlagen zu schaffen. Dabei sollte man eher auf die bisherige Flexibilität des Weimarer Dreiecks setzen. Es lässt sich nämlich bezweifeln, ob man unter den aktuellen Umständen mit einer weiteren Institutionalisierung, etwa durch die Schaffung begleitender Strukturen, tatsächlich eine qualitative Verbesserung erreichen kann. In einem ersten Schritt wäre es empfehlenswert, in die Tätigkeit verschiedener politischer und gesellschaftlicher Akteure gezielt eine trilaterale Komponente einzubinden. Dieses Modell, das bereits in der regionalen Kooperation oder im Rahmen des Jugendaustauschs praktiziert wurde, kann erfahrungsgemäß zu guten Ergebnissen führen. Insbesondere könnte man auf Parallelen zu bilateralen Netzwerken in Bereichen wie Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur zurückgreifen.

Zarte Signale brauchen Verstärkung

Die jüngsten zarten Signale dafür, dass ein neues politisches Engagement möglich wäre, brauchen auch im Hinblick auf Sichtbarkeit und Kommunikation Verstärkung. Hierbei könnten parlamentarische Kontakte eine wichtigere Rolle spielen. Auch in diesem Fall könnte man größere Flexibilität erwägen und den Austausch nicht nur nach strukturell-institutionellen Kriterien suchen, sondern hin zu mehr persönlicher Initiative und Engagement öffnen. Als ein ermutigendes Signal könnte beispielsweise ein trilateraler Austausch im Rahmen einer Sitzung der deutsch-französischen Parlamentarischen Versammlung organisiert werden. Bei allen politischen und ideologischen Spannungen bleibt das Weimarer Dreieck europapolitisch nützlich. Die Grundvoraussetzung hierfür ist jedoch, dass Berlin, Paris und Warschau – auch im Hinblick auf divergierende Positionen – die Vorteile des trilateralen Dialogs wiedererkennen.

Teil II

Das Weimarer Dreieck jenseits der nationalen Ebene



Großes Potenzial, geringe Erfolge – das Weimarer Dreieck in der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der EU⁵

Adam Balcer

Angesichts des kombinierten wirtschaftlichen, demografischen und militärischen Potenzials seiner Mitglieder könnte das Weimarer Dreieck theoretisch eine Rolle als Motor der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik spielen. Es gibt jedoch eine lange Liste von Herausforderungen, die dies erschweren. Neben der ungleichen individuellen Stärke der drei Länder bestehen gravierende Unterschiede in Bezug auf ihre institutionelle Position in der EU, Bedrohungswahrnehmungen sowie interne politische Entwicklungen, die ihre bilateralen Beziehungen beeinflussen. Diese Unterschiede betreffen insbesondere Polen auf der einen gegenüber Frankreich und Deutschland auf der anderen Seite.

Frankreich, Deutschland und Polen definieren das Weimarer Dreieck als Plattform für die Ausarbeitung gemeinsamer Positionen zu wichtigen Fragen der europäischen Politik, einschließlich der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP). Allerdings hat die Bedeutung des Dreiecks in den letzten Jahren deutlich abgenommen. Die Zusammenarbeit in außenpolitischen Fragen ist hier keine Ausnahme. Unterschiedliche Handlungsmöglichkeiten und Positionen in der Post-Brexit-EU, divergierende Wahrnehmungen von Sicherheitsbedrohungen und interne Entwicklungen behindern die Zusammenarbeit innerhalb des Dreiecks. Unter bestimmten Voraussetzungen könnte dieses jedoch eine zentralere Rolle in der zukünftigen GASP einnehmen. Insbesondere die östliche Nachbarschaft der EU würde sich als gemeinsames Betätigungsfeld anbieten.

Ungleiche Potenziale

Ein grundlegender Faktor, der die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Außenpolitik erschwert, ist der erhebliche

Unterschied der Potenziale zwischen den Mitgliedern des Weimarer Dreiecks. Nach Angaben des Internationalen Währungsfonds ist Polens Bruttoinlandsprodukt (BIP) 2021 kaufkraftbereinigt mehr als dreimal kleiner und sein nominales BIP sogar siebenmal kleiner als jenes von Deutschland.

Die Diskrepanz zwischen Polen einer- und Deutschland und Frankreich andererseits ist besonders groß, was die Außenwirtschaftsbeziehungen betrifft. Ende 2019 erreichten die polnischen Direktinvestitionsbestände im Ausland ein bescheidenes Niveau von 4% des BIP. Im Vergleich dazu betragen die Bestände Frankreichs im Ausland mehr als 55% seines BIP und jene Deutschlands näherten sich 45%. Bei den Direktinvestitionen außerhalb der EU ist diese Kluft sogar noch größer.

Darüber hinaus beschränkte sich Polens öffentliche Entwicklungshilfe im Jahr 2020 auf 0,15% seines Bruttonationaleinkommens (BNE), während Frankreich fast 0,55% und Deutschland fast 0,75% ihres BNE aufbrachten. Polens unterdurchschnittliche Leistung in beiden Bereichen tritt umso deutlicher zutage, wenn sie mit anderen Ländern Mitteleuropas verglichen wird. So sind zum Beispiel die Direktinvestitionsbestände Ungarns im Ausland proportional fünfmal größer als jene Polens, während der BNE-Anteil an der öffentlichen Entwicklungshilfe doppelt so hoch ist.

Die Zusammenarbeit in der Außenwirtschaftspolitik wird durch die interne Integration der Eurozone und den Brexit belastet, der die Überschneidungen zwischen der EU und der Eurozone deutlich vergrößert hat. Diese Entwicklungen haben Deutschland und Frankreich als die größten Mitgliedstaaten der Eurozone näher zusammenrücken lassen. Gleichzeitig verbleibt Polen außerhalb der Eurozone und Regierende wie Bevölkerung sind einem Beitritt gegenüber zumindest mittelfristig negativ eingestellt.

Verschlechterung der bilateralen Beziehungen

Interne politische Entwicklungen stellen die zweite Herausforderung für die Kooperation des Weimarer Dreiecks in der GASP dar. Die PiS-Regierung begegnet dem Dreieck mit besonderer Skepsis. Diese ist auf eine Präferenz für die Zusammenarbeit mit der Visegrád-Gruppe und einer eher negativen Haltung gegenüber der deutsch-französischen Führungsrolle in der EU zurückzuführen. Folglich trafen sich die drei Außenminister während der ersten Amtszeit der PiS (2005-2007) kein einziges und während der zweiten Amtszeit (seit 2015) nur zwei Mal – in den Jahren 2016 und 2020. Zum Vergleich: Zwischen 2008 und 2015 trafen sich die Minister neunmal im Dreiecksformat. In den letzten Jahren hat die PiS eine Politik der Reorganisation der staatlichen Institutionen, insbesondere der Justiz, eingeleitet. Diese wird von den EU-Institutionen und den meisten Mitgliedstaaten, darunter auch Deutschland und Frankreich, als eine Bedrohung der Rechtsstaatlichkeit gewertet, die auch das Rechtssystem der EU untergräbt. Infolgedessen haben sich die polnisch-deutschen und insbesondere die polnisch-französischen Beziehungen erheblich verschlechtert.

Divergierende europäische Sicherheitsagenden

Die Positionen Polens, Deutschlands und Frankreichs unterscheiden sich erheblich in Bezug auf die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP). Warschau betrachtet die NATO und die bilaterale Kooperation mit den USA als zentrale Sicherheitsgaranten. Paris hingegen unterstützt nachdrücklich die Idee einer strategischen Autonomie der EU und damit einer qualitativen Aufwertung der GSVP. Polen begegnet diesem Szenario derzeit mit großem Misstrauen, da es die NATO und das US-Engagement in Europa infrage stellen könnte. Die Haltung gegenüber den USA führte

insbesondere unter der Präsidentschaft von Donald Trump zu ausgeprägten Gegensätzen zwischen Polen und Frankreich wie – in geringerem Maße – auch Deutschland. Während die PiS eine sehr enge Beziehung zu Donald Trump aufbaute, demonstrierte der US-Präsident eine beispiellos skeptische Haltung gegenüber der EU.

Deutschland misst der Entwicklung seiner Hard-Power-Kapazitäten einen deutlich geringeren Stellenwert bei als Polen und Frankreich. Nach Angaben des Stockholm International Peace Research Institute (SIPRI) gab Deutschland 2019 nur 1,3% seines BIP für Verteidigung aus. Zugleich lagen Polens Militärausgaben bei über 2% seines BIP, mit dem Ziel, sie bis 2030 auf mindestens 2,5% zu erhöhen. Das französische Verteidigungsbudget näherte sich 2%. Trotz der Tatsache, dass Frankreichs Militärausgaben in absoluten Zahlen die deutschen nur leicht übertreffen, sind die militärischen Fähigkeiten der französischen Streitkräfte drastisch größer als jene der Bundeswehr. Es ist bezeichnend, dass das Dreieck nur einmal, im Jahr 2013, als Grundlage für die Bildung einer EU-Battlegroup diente. Indessen beteiligte sich Polen 2016 und 2019 an den von den Visegrád Vier gestellten Gruppen und wird dies in der ersten Hälfte des Jahres 2023 erneut tun.

Hinsichtlich der Perzeption von Sicherheitsbedrohungen besteht ein gravierender Unterschied zwischen Warschau und Berlin und insbesondere zwischen Warschau und Paris. Frankreich sieht den islamistischen Terrorismus, die Konflikte im Nahen Osten, Nordafrika sowie in der Sahelzone und die Verbindung zwischen den dort aktiven Gruppen und den Radikalen im eigenen Land als zentrale Gefahr für seine Sicherheit. Währenddessen definiert Polen die neoimperiale Politik Russlands im Raum der Östlichen Partnerschaft als die wichtigste Bedrohung. Die Politik gegenüber Russland hat in den letzten Jahren die schwersten Spannungen innerhalb des Dreiecks hervorgerufen und wiederum besonders zwischen Polen und Frankreich.

Die Annäherungsversuche von Präsident Emmanuel Macron an Russland stießen auf eine besonders kritische Reaktion Polens. Gleichzeitig ist Warschau sehr enttäuscht über die enge Energiekooperation Deutschlands mit Russland bei der Nord-Stream-2-Pipeline, die aus polnischer Sicht die Sicherheit Mittel- und Osteuropas, insbesondere der Ukraine, ernsthaft untergräbt.

Die östliche Nachbarschaft als Feld der Zusammenarbeit

Sollten die Spannungen bezüglich der Politik gegenüber Russland nachlassen, scheint die östliche Nachbarschaft jene Region zu sein, die am ehesten zu einer Art *spécialité de la maison* des Weimarer Dreiecks in der EU-Außenpolitik werden könnte. In der Tat erreichte die Zusammenarbeit im Februar 2014 in der Ukraine ihren Zenit. Auf dem Höhepunkt der Revolution der Würde besuchten die drei Außenminister Kiew und vermittelten zwischen der demokratischen Opposition und dem autoritären Regime von Präsident Viktor Janukowitsch. Die Mediationsbemühungen wurden jedoch durch den Sturz Janukowitschs und seine Flucht nach Russland schnell in den Schatten gestellt. Zudem etablierten Frankreich und Deutschland einige Monate später gemeinsam mit der Ukraine und Russland das Normandie-Format, das den Krieg im Donbas lösen soll. Polen wurde nicht einbezogen, was insbesondere auf die russische Opposition, aber auch auf die halbherzige Positionierung Frankreichs und Deutschlands in dieser Frage zurückzuführen ist.

Nichtsdestotrotz könnte die östliche Nachbarschaft unter günstigeren Bedingungen in der außenpolitischen Agenda des Dreiecks eine Schlüsselposition zurückgewinnen, da sie die einzige Region außerhalb der EU ist, in der Polen den Status eines zentralen Akteurs genießt. Gleichzeitig nimmt sie einen bedeutenden Platz in der deutschen Außenpolitik ein, wobei Berlin in der Region erheblichen Einfluss geltend machen kann. Für Frankreich ist die östliche

Nachbarschaft offensichtlich nicht von höchster Priorität. Dennoch hat sie in den letzten Jahren einen gewissen Stellenwert auf der politischen Agenda erlangt und das französische Gewicht in der Region ist definitiv nicht zu vernachlässigen.

Voraussetzungen für ein verstärktes Weimarer Engagement

Die bisherige Zusammenarbeit zwischen Polen, Frankreich und Deutschland im Rahmen der GASP muss als verpasste Chance erkannt werden. Eine prinzipienfestere und striktere deutsche und französische Politik gegenüber Russland sowie die Integration Polens in die Eurozone sind Grundvoraussetzungen für die Änderung dieser Situation. Darüber hinaus gibt es auch andere Faktoren, die eine Annäherung der Positionen innerhalb des Dreiecks begünstigen könnten. Zu diesen zählen die neue pro-europäische und liberale US-Administration, die sehr wahrscheinliche Einbeziehung der Grünen in eine neue Regierungskoalition in Deutschland – jene Partei mit der kritischsten Haltung gegenüber der Politik des Kremls – und ein autoritäreres und aggressiveres Russland. Polen wird auch ein attraktiverer Partner für Deutschland und Frankreich werden, wenn es sein wirtschaftliches Engagement in der Welt deutlich ausbaut. Nicht zuletzt wird die Zukunft des Dreiecks in hohem Maße von der Bereitschaft der polnischen Regierung abhängen, ihre illiberale Politik zu beenden. Sollte diese fortgesetzt werden, wird dies nur zu einer weiteren Verschlechterung der bilateralen Beziehungen zu Frankreich und Deutschland – insbesondere mit den Grünen an der Macht – aber auch zu den USA beitragen.

Der Eurodistrikt Strasbourg-Kehl/ Ortenau: Modell für ein »lokales« Weimarer Dreieck?⁶

Peter Ulrich und Birte Wassenberg

Der Eurodistrikt Strasbourg-Kehl/Ortenau wurde zum 40. Jahrestag des deutsch-französischen Freundschaftsvertrags 2003 von Jacques Chirac und Gerhard Schröder initiiert: als gemeinsamer Lebensraum für die Grenzbürger, als Motor der lokalen europäischen Integration und als Beginn einer Mehrebenen-Politik, die im Aachener Vertrag 2019 verankert wurde. Dieser Beitrag untersucht, inwieweit das Modell des Eurodistrikts auf die deutsch-polnischen Grenzstädte – Frankfurt (Oder)-Ślubice, Guben-Gubin, Görlitz-Zgorzelec – übertragbar wäre. Dabei wird gezeigt, dass ein trilateraler Austausch zwischen den beiden Grenzregionen im Rahmen eines »lokalen« Weimarer Dreiecks sinnvoll wäre, um voneinander zu lernen und um die Mehrebenen-Politik im deutsch-polnischen Kontext politisch zu unterstützen.

Der deutsch-französische Freundschaftsvertrag vom 22. Januar 1963 basierte auf der Idee, eine zwischenstaatliche Zusammenarbeit auf politischer und wirtschaftlicher Ebene mit dem Ziel der Versöhnung zu verbinden und damit auch einen Platz für eine aktive Beteiligung der Bevölkerung zu schaffen. Allerdings fehlte bei diesem Ansatz eine wesentliche Zwischenebene: die der lokalen Gebietskörperschaften. Die Gründung des Eurodistrikts Strasbourg-Kehl/Ortenau im Jahre 2005 schloss diese Lücke: Er überträgt den deutsch-französischen Staatsvertrag auf den lokalen Grenzraum und setzt ihn in Form eines gemeinsamen Lebensraums für die Grenzbürgerinnen und -bürger um. Angesichts dieses Beispiels stellt sich die Frage, ob und inwiefern der Eurodistrikt Strasbourg-Kehl/Ortenau als Modell für deutsch-polnische Grenzstädte dienen könnte. Lohnt sich vielleicht gar ein trilaterales Konsultationsforum im Rahmen eines »lokalen« Weimarer Dreiecks zum Erfahrungsaustausch zwischen den beiden Grenzregionen für das gegenseitige Lernen auf lokaler Ebene? In jedem Fall lässt sich feststellen, dass die Unterschiede

in der grenzübergreifenden Zusammenarbeit nicht so groß sind, wie vermutet, dass jedoch ein trilateraler Austausch im Rahmen des Weimarer Dreiecks mit Einbindung der lokalen Ebene der drei Länder einen Mehrwert für die bilaterale und die trilaterale Zusammenarbeit darstellen würde.

Der Eurodistrikt Strasbourg-Kehl/ Ortenau als Modell für die deutsch- polnische Grenze?

Wenn eine Wiederbelebung des Weimarer Dreiecks auf lokaler Ebene in Erwägung gezogen wird, sollte zunächst betont werden, dass es auch schon beim Eurodistrikt Strasbourg-Kehl/Ortenau darum ging, dem deutsch-französischen Freundschaftsvertrag von 1963 neuen Schwung zu geben. Das Projekt wurde anlässlich des 40. Jahrestages dieses Vertrags 2003 in Strasbourg/Kehl vom französischen Präsidenten Jacques Chirac und dem deutschen Bundeskanzler Gerhard Schröder initiiert. Ziel war es, einen gemeinsamen Lebensraum in den durch die beiden Weltkriege stark gezeichneten Grenzstädten Strasbourg und Kehl und somit ein integriertes Europa »ohne Grenzen« auf lokaler Ebene zu schaffen. Am 5. Juli 2005 wurde das Gründungsabkommen zum Eurodistrikt von den Grenzstädten unterzeichnet.

Drei Entwicklungen des Eurodistrikts Strasbourg-Kehl/Ortenau lassen eine solche Anwendung für deutsch-polnische Grenzstädte als besonders vorteilhaft erscheinen. Zunächst hat der Eurodistrikt zu einer Konsolidierung der politischen und administrativen Zusammenarbeit geführt. Schon am 15. Dezember 2005 wurde demnach ein gemeinsamer interkommunaler Rat gegründet und auch ein gemeinsames Sekretariat in Kehl eingerichtet. Dies ermöglichte einen dauerhaften politischen Dialog und eine gemeinsame Verwaltung der Aktivitäten des Eurodistrikts. Zusätzlich erhielt der Eurodistrikt am 4. Februar 2010 als

⁶ Online-Erstveröffentlichung am 16. Juni 2021

Europäischer Verbund für territoriale Zusammenarbeit (EVTZ) den Status einer juristischen Person. Dies verlieh dem Modell eine institutionelle und rechtliche Stabilität, die Modellcharakter hat.

Zweitens hat der Eurodistrikt viele symbolhafte grenzüberschreitende Projekte angeregt. 2005 wurden die Freundschaftsbrücke und 2012 eine grenzüberschreitende Tramverbindung zwischen Strasbourg und Kehl eröffnet. Vor allem das Projekt »Garten der Zwei Ufer«, das ein gemeinsames Raumordnungskonzept für die Ufergebiete am Rhein vorsieht, zeigt exemplarisch, wie stark und nachhaltig der Eurodistrikt das Grenzgebiet integriert hat. Eine solche Verflechtung wäre auch für die deutsch-polnischen Grenzstädte denkbar.

Drittens hat die Arbeit des Eurodistrikts dazu geführt, dass im Aachener Vertrag ein Platz für lokale Akteure vorgesehen wurde. Dies wurde über aktives Lobbying des Eurodistrikts und der Oberrheinkonferenz – der grenzüberschreitenden Exekutive auf Länderebene – erzielt. Demnach widmet der am 22. Januar 2019 in Aachen unterzeichnete Vertrag ein ganzes Kapitel der lokalen grenzüberschreitenden Zusammenarbeit. Neben der Förderung der Zweisprachigkeit und der grenzüberschreitenden Mobilität ist auch vorgesehen, die grenzüberschreitenden Instanzen wie den Eurodistrikt in die offiziellen zwischenstaatlichen Gremien einzubeziehen. Dabei wurde also eine Art Mehrebenen-Politik geschaffen, bei der die nationalen Regierungen in Berlin und Paris mit den lokalen und regionalen Autoritäten vor Ort an der Grenze zusammenarbeiten. Diese Innovation könnte im Sinne des Lernens und Austauschs für das Weimarer Dreieck interessant sein, ohne dass notwendigerweise der deutsch-polnische Nachbarschaftsvertrag revidiert werden müsste, da dieser im Kern schon alle Elemente enthält, die für eine praktische Anwendung der im Aachener Vertrag verankerten Mehrebenen-Politik benötigt werden.

Die Umsetzung des Eurodistrikt-Modells in deutsch-polnischen Grenzstädten

Der deutsch-polnische Grenzraum kann auf keine so lange Integrationsgeschichte im Kontext der Europäisierung zurückschauen wie der deutsch-französische. Erst mit dem Fall des Eisernen Vorhangs und der deutschen Wiedervereinigung wurde auch die deutsch-polnische Grenze von der Bundesrepublik Deutschland mit dem deutsch-polnischen Grenzvertrag vom 14. November 1990 völkerrechtlich anerkannt.

Der vom deutsch-französischen Freundschaftsvertrag beeinflusste deutsch-polnische Nachbarschaftsvertrag wurde dann am 17. Juni 1991 unterschrieben. Neben der politischen und wirtschaftlichen Heranführung Polens an die Europäischen Gemeinschaften zielte der Vertrag auf eine partnerschaftliche Zusammenarbeit von Gebietskörperschaften im Grenzraum und die Schaffung einer grenzübergreifenden Regierungskommission für regionale und grenznahe Zusammenarbeit. Demnach hat der deutsch-polnische Nachbarschaftsvertrag von Anfang an nicht nur einen Beitrag zu Versöhnung und Austausch geleistet, sondern auch konkrete grenzübergreifende Aktivitäten und Gremien geschaffen, wodurch in den 1990er Jahren teilweise mehr Kooperation zwischen deutschen und polnischen Grenzstädten stattfand als zwischen Strasbourg und Kehl. Entlang der deutsch-polnischen Grenze wurden zwischen 1991 und 1995 vier Euroregionen sowie seit 1998 drei grenzüberschreitend-institutionalisierte Städtepartnerschaften gegründet: Die Eurostadt Guben-Cubin (1998), die Europastadt Görlitz-Zgorzelec (1998) und das Kooperationszentrum Frankfurt (Oder)-Słubice (2010/2011).

Die deutsch-polnischen Grenzstädte sind grenzüberschreitend unterschiedlich konsolidiert. Während die Europastadt Görlitz-Zgorzelec bereits in den 1990er

Jahren zahlreiche Projekte und Verträge auch in den Bereichen der grenzüberschreitenden Daseinsvorsorge und Verwaltungskooperation umgesetzt hat, hat die Verwaltungskooperation Frankfurt (Oder)-Ślubice erst in den 2010er Jahren stark an Fahrt aufgenommen. Dort wurden durch die Schaffung eines Kooperationszentrums auch die beiden Gemeindeverwaltungen miteinander verflochten und ein regelmäßiges Forum des Austauschs der Bürgermeister etabliert – eine dem Eurodistrikt sehr vergleichbare Governance-Struktur. Was den gemeinsamen Lebensraum betrifft, gibt es auch in den deutsch-polnischen Grenzstädten schon zahlreiche grenzüberschreitende Projekte, die denen des Eurodistrikts Strasbourg-Kehl/Ortenau gleichen. Grenzüberschreitende Buslinien existieren an verschiedenen Orten der Grenze, und in Frankfurt (Oder)-Ślubice wurde sogar eine Fernwärmeverbindung hergestellt, die über die Brücke zwischen den beiden Städten verläuft.

Dennoch gibt es auch einige Herausforderungen für die deutsch-polnischen Grenzstädte, bei denen der Eurodistrikt Strasbourg-Kehl/Ortenau als Vorbild dienen kann. Erstens existieren an der deutsch-polnischen Grenze noch keine grenzüberschreitenden Rechtsverbände. Insgesamt sind die deutsch-französischen Kooperationsstrukturen mit insgesamt acht EVTZ und bilateralen Abkommen wie z.B. dem Karlsruher Abkommen von 1996 rechtlich und politisch deutlich intensiver miteinander verflochten als die deutsch-polnischen. Der EVTZ schafft eine konsolidierte und dauerhafte Kooperation mit dem Status einer juristischen Person für gemeinsame Institutionen und ermöglicht es so, Grenzstädte nachhaltig zu integrieren, was im deutsch-polnischen Kontext ebenfalls sinnvoll wäre.

Zweitens bedarf es politischer Impulse und einer Aktualisierung des deutsch-polnischen Nachbarschaftsvertrags. Mit dem Aachener Vertrag hat eine Vertiefung und Institutionalisierung des deutsch-französischen Freundschaftsvertrags stattgefunden. Der

Nachbarschaftsvertrag hat das noch nicht erlebt. Politische Unterstützung der nationalen Regierungen erscheint dabei relevanter für die grenzüberschreitende Kooperationsvertiefung als eine rechtliche Revision des Nachbarschaftsvertrags. Trotz der politischen Spannungen zwischen Deutschland und Polen auf nationaler und europäischer Ebene sollte die gemeinsame Zusammenarbeit auch zukünftig im Blick behalten werden. Ein Jubiläum wie der 30. Jahrestag der Vertragsunterzeichnung im Jahr 2021 könnte ein Anlass sein, das Abkommen politisch zu erneuern.

Drittens fehlt in der deutsch-polnischen Zusammenarbeit eine stärkere Verflechtung im Mehrebenen-System. Der Aachener Vertrag hat die Handlungsfähigkeit der deutsch-französischen Grenzregionen gestärkt. In der Corona-Pandemie hat sich diese Mehrebenen-Politik schon als sehr effizient erwiesen. Sie hat nämlich dazu geführt, dass während des Corona-bedingten Lockdowns im Frühjahr 2020 schnell Kontakte zwischen der regionalen und der nationalen Ebene beider Länder geknüpft wurden, die einen raschen Patiententransfer vom Elsass in die benachbarten deutschen Grenzregionen ermöglichten. Die Grenzschießungen im deutsch-polnischen Kontext haben gezeigt, dass die Abstimmungen zwischen den Staaten und den lokalen Ebenen nicht optimal liefen. Hier besteht für künftiges Krisenmanagement Verbesserungsbedarf. Erfahrungen aus dem Eurodistrikt könnten in dieser Hinsicht hilfreich sein. Durch eine bessere Mehrebenen-Politik könnte die Zusammenarbeit im Gesundheitswesen oder im Grenzmanagement, zum Beispiel hinsichtlich der Kontrollen von Grenzgängern, besser abgestimmt werden.

Die zentrale Rolle politischer Unterstützung im deutsch-polnischen Rahmen

Die politisch-institutionelle Form eines deutsch-französischen Eurodistrikts – wie in Strasbourg-Kehl/Ortenau – kann nur bedingt als Modell auf deutsch-polnische Grenzstädte übertragen werden. Denn prinzipiell enthält der deutsch-polnische Nachbarschaftsvertrag schon alle Dispositionen, die eine grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Sinne einer Mehrebenen-Politik ermöglichen. Für eine konkrete Umsetzung dieser Dispositionen besticht der heutige Eurodistrikt Strasbourg-Kehl/Ortenau dennoch als Modell, vor allem durch seine juristisch und politisch gefestigte Struktur mit einem EVTZ als Rechtsbasis und durch das Konzept eines integrierten gemeinsamen Lebensraums für die Bürgerinnen und Bürger beiderseits der Grenze. Hier kann er als Vorbild dienen, um auch solche Rechtsverbände und gemeinsamen Lebensräume in deutsch-polnischen Grenzstädten anzudenken.

Eine rechtliche Revision des Nachbarschaftsvertrags im Sinne des Aachener Vertrags ist nicht unbedingt notwendig. Allerdings bedarf es einer politischen Unterstützung von höchster Ebene, um Unsicherheiten in der grenzüberschreitenden Kooperation – etwa bei EVTZ-Gründungen – auszuräumen. Des Weiteren wäre auch eine bessere Verflechtung lokaler und nationaler Governance-Strukturen sinnvoll, so wie sie im Aachener Vertrag vorgesehen ist. Trotz der aktuell angespannten bilateralen Beziehungen zwischen Deutschland und Polen kann das Weimarer Dreieck daher ein trilaterales Konsultations- und Lernforum für die lokalen Akteure an der Grenze bilden, um solche Prozesse anzustoßen und zu steuern.

Drei Wege zur Förderung der gesellschaftlichen und kulturellen Bedeutung des Weimarer Dreiecks⁷

Jean-Yves Potel

Die Kooperation auf Ebene von Kultur und Zivilgesellschaft hat die politischen Verbindungen zwischen Deutschland, Frankreich und Polen in den letzten Jahren ergänzt – ohne diese jedoch grundlegend zu verändern. Die kulturellen Kontakte im Rahmen des Weimarer Dreiecks bleiben hinter ihren Möglichkeiten zurück. Und das, obwohl ebendieses Forum die Entstehung eines gemeinsamen Bewusstseins für die Geschichte der drei Länder und für ihre Rolle bei der europäischen Integration voranbringen könnte. Hierzu müsste man zum einen langfristige Formen der kulturellen Zusammenarbeit aufbauen, die den Fokus auf die Jugend und lokale Akteure richten, und zum anderen die Mobilität zwischen den drei Partnerländern fördern.

Welche kulturelle und gesellschaftliche Bedeutung kann eine vorwiegend außenpolitische Einrichtung wie das Weimarer Dreieck überhaupt haben? Haben trilaterale Maßnahmen in den Bereichen Kultur und Gesellschaft bisher zur Annäherung und zu einem neuen Einvernehmen zwischen Deutschland, Frankreich und Polen beigetragen? Daran lässt sich zweifeln. Die Erfahrung der letzten 30 Jahre ist wenig überzeugend. Die kulturellen und zivilgesellschaftlichen Maßnahmen scheinen bislang vom politischen Willen der Staaten abhängig zu sein. Dies könnte sich allerdings ändern, wenn das Weimarer Dreieck die hierzu notwendigen Anstrengungen unternähme.

Widersprüche des kulturellen Engagements

Dem als außenpolitisches »Gesprächs- und Konsultationsforum« konzipierten Weimarer Dreieck, welches die Integration Polens in die Europäische Union erleichtern sollte, ist Stück für Stück die Luft ausgegangen.

Mit dem nahenden EU-Beitritt Polens schwand die Begeisterung Frankreichs und Deutschlands für das Format zusehends und ihre jeweilige Europapolitik gab anderen Bündnissen den Vorzug, so zum Beispiel dem ebenfalls gebeutelten »deutsch-französischen Paar«. Gewiss haben Reden über »den Motor« oder den »harten Kern« (Jacques Chirac) und nicht zu vergessen das »Wunder« der deutsch-polnischen Annäherung (Joschka Fischer) die Bedeutung des Dreierbundes unterstrichen. Dennoch haben sich die Beziehungen der drei Partner ab den 2000er-Jahren, insbesondere im Zusammenhang mit der Irak-Krise, sukzessive verschlechtert, und zwar so sehr, dass der von Januar bis Oktober 2005 amtierende polnische Außenminister Adam Rotfeld zu dem Schluss kam, eine derartige Institution könne nicht von Dauer sein.

Beobachter und zahlreiche politische Entscheidungsträger – vor allem Regionalpolitiker – konstatieren in der Regel ein Missverhältnis zwischen der Entwicklung der Beziehungen auf staatlicher bzw. Regierungsebene einerseits und den als fruchtbarer wahrgenommenen kulturellen und zivilgesellschaftlichen Initiativen andererseits. Künstlerisches Schaffen und lokales Handeln – die in allen drei Ländern florieren, wie der seit 30 Jahren andauernde Boom lokaler Festivals belegt – haben in der Tat die zwischenstaatlichen Divergenzen transzendiert und zur Entstehung enger grenzüberschreitender Verbindungen geführt. Dadurch tragen diese Kooperationen zum Erhalt der Freundschaft zwischen den Völkern bei und können auch politische Konflikte beeinflussen. Zu beobachten war dies etwa während des Kalten Krieges, als durch eine Vereinbarung zwischen den betroffenen Ländern ein Rahmen für die Ausübung der persönlichen Freiheitsrechte geschaffen wurde (Schlussakte von Helsinki, 1975), der Raum für sogenannte »dissidentische« Aktivitäten schuf und zivilgesellschaftlichen Akteuren und nonkonformistischen Künstlerinnen und Künstlern eine Stimme gab.

⁷ Online-Erstveröffentlichung am 23. Juni 2021

In den 30 Jahren seit der Gründung des Weimarer Dreiecks hat es tatsächlich einige trilaterale Kulturinitiativen gegeben: von Universitäten oder Regionen initiierte Fachtagungen, das Engagement von Interessengemeinschaften wie dem »Verein Weimarer Dreieck«, künstlerischen Austausch und Künstler-Begegnungen, Zusammenkünfte der Jugendwerke, den Weimarer-Dreieck-Preis usw. Diese Projekte haben die alten und wie es scheint eher stagnierenden bilateralen Kooperationen innerhalb der Europäischen Union ergänzt. Ihr Einfluss auf die trilateralen politischen Beziehungen hielt sich jedoch eindeutig in Grenzen. Da er vom Grad des Engagements der Partner abhängig war, konnte er sich nur selten in Form langfristiger Vorhaben manifestieren. Die verwirklichten Projekte bewegen sich folglich in einem eng gesteckten Rahmen, wenn sie nicht gar nur punktuell ansetzen, und sind in einem zu hohen Maße von der Gutwilligkeit der Staaten abhängig.

Das Beispiel Arte

Ein Blick auf die unrühmliche Geschichte von Arte in Polen genügt, um sich dies vor Augen zu führen. Man hätte erwarten können, dass vor dem Hintergrund des Weimarer Dreiecks und seiner erklärten Absicht, die kulturelle Annäherung zu fördern, eine Einbeziehung polnischer Formate in das Programm des europäischen Fernsehsenders in Betracht gezogen würde. Was für ein öffentliches Signal wäre das gewesen! Die beiden Gründer jedoch haben im Rahmen des 1996 unterzeichneten Abkommens mit Polen offensichtlich mit keiner Silbe daran gedacht – und das, obwohl Belgien bereits seit 1993 an der Europäischen Wirtschaftlichen Interessenvereinigung beteiligt war, die den Sender verwaltet. Im Jahr 2001, nach langen Streitigkeiten um die Übertragungsrechte, ermöglichte ein Assoziierungsabkommen mit dem öffentlich-rechtlichen polnischen Fernsehen (TVP) die regelmäßige Ausstrahlung untertitelter Programminhalte (identische Vereinbarungen

wurden mit neun Ländern geschlossen und weitreichendere mit drei). Doch 2016 brach der europäische Fernsehsender mit TVP. Grund war ein neues polnisches Gesetz über die öffentlich-rechtlichen Medien, zu dem Arte in einer Pressemitteilung verlautbaren ließ, man habe »nicht die Gewissheit [...], dass die Meinungsfreiheit, die redaktionelle Vielfalt sowie die Unabhängigkeit des öffentlich-rechtlichen Fernsehens in Polen gewährleistet sind«. Seither liegen die vertraglichen Beziehungen auf Eis.

Dieses Beispiel wirft ein Schlaglicht auf zwei Probleme: zum einen die mangelnde Bereitschaft Deutschlands und Frankreichs, das trilaterale Bündnis mit Polen zu pflegen, und zum anderen die verhängnisvollen Folgen einer die Freiheitsrechte verletzenden polnischen Politik. Im Grunde zeigt sich hier das geringe Interesse der Partner an einer kulturellen Zusammenarbeit im Rahmen des Dreierbunds und das Primat des Politischen über das Kulturelle. In den vergangenen 30 Jahren wurden unsere Gesellschaften von einer Vielzahl kulturell und gesellschaftlich bedeutender Themen wie Migration, Frauen- und LGBT-Rechte, Multikulturalismus oder Fragen der Erinnerungspolitik erschüttert. Sie alle waren Inspiration für vielseitige und innovative künstlerische Produktionen und lokale Aktionen. Sie alle hatten jedoch auch mit den unterschiedlichen politischen Ausrichtungen der Staaten zu kämpfen. Und letztere zogen andere Foren wie die »Visegrád-Gruppe« oder das »deutsch-französische Paar« dem Weimarer Dreieck vor, um ihren Einfluss in Europa geltend zu machen.

Drei mögliche Strategien

Sollten wir also in Skepsis verharren? Das hängt von den Beziehungen der Staaten in einem Dreieck ab, das nicht gleichzeitig ist, und von ihren politischen Entscheidungen. Entweder begreifen sie die Annäherung auf kultureller und lokaler Ebene als unverzichtbar für

eine langfristige Verbesserung der diplomatischen Beziehungen, oder aber sie beschränken sich auf gelegentliche gemeinschaftliche Aktionen innerhalb und außerhalb der EU, wodurch sich die kulturelle und dezentralisierte Zusammenarbeit auf andere Foren verschieben würde.

Um die Besonderheit der trilateralen Projekte zu definieren, ihren Sinn und Nutzen hervorzuheben und dadurch die politischen Entscheidungsträger zu überzeugen, sie in diesem Sinne in Betracht zu ziehen, sind mindestens drei Strategien vorstellbar, von denen jede auf unabhängigen, finanziell und personell ausreichend ausgestatteten Dreierstrukturen aufbauen müsste.

Erstens die Förderung eines gemeinsamen Bewusstseins für die Geschichte der drei Länder und für ihre Rolle im europäischen Einigungsprozess seit dem Zweiten Weltkrieg: Dabei geht es weder um Stigmatisierung noch darum, historische Streitfragen unter den Teppich zu kehren. Ganz im Gegenteil: Dieser Ansatz würde zum Aufbau gemeinsamer und interdisziplinärer Arbeitszusammenhänge zu den strittigen Punkten führen – nach dem Vorbild dessen, was bereits verschiedentlich mit Blick auf die deutsch-französischen, polnisch-ukrainischen, jüdisch-polnischen, französisch-russischen oder polnisch-russischen Beziehungen umgesetzt wurde. In allen drei Ländern existieren schon jetzt zahlreiche Initiativen zu diesen Themen – im akademischen oder im Vereinsrahmen, auf nationaler oder lokaler Ebene – und sie alle wünschen sich eine Zusammenarbeit in einem unabhängigen und pluralistischen Rahmen.

Zweitens die Unterstützung der Mobilität von Jugendlichen in Berufsausbildung, von Studierenden und Doktoranden, von Forschern und Forscherinnen sowie kulturellen Akteuren durch die Einrichtung finanzieller Beihilfen oder Residenzstipendien, die an einen Aufenthalt in den beiden anderen Ländern des

Dreierbunds geknüpft sind. Diese »Weimarer Erasmus-Programme« werden nicht nur das Erlernen der Sprache und das Kennenlernen der Kultur der Partnerländer fördern, sondern langfristig auch zum Entstehen enger Beziehungen und zu einem besseren gegenseitigen Verständnis der drei Gesellschaften füreinander beitragen.

Schließlich die Schaffung einer digitalen Dreierplattform als Informationsquelle und Basis für Austauschbeziehungen, die als Grundlage für regelmäßige »Präsenztreffen« dienen könnte. So wären etwa jährlich oder im Zweijahresrhythmus an symbolträchtigen Orten der drei Partnerländer stattfindende kulturelle, wissenschaftliche oder regionale Festivals oder Olympiaden denkbar, die innerhalb kurzer Zeit ein breites Publikum zusammenführen könnten.

Bei den hier aufgeführten Strategien handelt es sich keineswegs um eine erschöpfende Auflistung, sondern lediglich um Beispiele. Sie sollen mögliche Themenfelder aufzeigen. Ihre Umsetzung könnte sich auf den politischen Willen der Mitgliedsstaaten des Weimarer Dreiecks und die mobilisierten Ressourcen stützen, aber auch auf zivilgesellschaftliche Initiativen. Es ist bekannt, dass sich die meisten der so genannten gesellschaftlichen und kulturellen Themen in der öffentlichen Meinung weniger aufgrund von Topdown-Initiativen durchsetzen als vielmehr durch die Mobilisierung gesellschaftlicher Gruppen oder Teilbereiche. Aus diesem Grund müssen die in diesem Zusammenhang angedachten personellen und finanziellen Mittel vollkommen unabhängig bereitgestellt und verwaltet werden.

Schlussbetrachtung

Vertrauen herstellen, Vielfalt moderieren, Verantwortung übernehmen – neue Ziele für das Weimarer Dreieck⁸

Martin Koopmann

Das Weimarer Dreieck hat mit dem EU-Beitritt Polens seine ursprüngliche Raison d'Être verloren und es anschließend versäumt, sich neue Ziele zu setzen. Gegenwärtig leidet es darüber hinaus unter starken internen Interessen- und Wertekonflikten. Diese müssen dringend überwunden und neue, zeitgemäße Ziele für das Dreieck definiert werden. Nur dann werden Frankreich, Polen und Deutschland künftig gemeinsam eine konstruktive Führungsrolle in der EU und Verantwortung für Europa übernehmen können.

Es ist wahr, dass die meisten Menschen in Frankreich, Polen und Deutschland noch nie vom Weimarer Dreieck gehört haben. Es ist ebenso wahr, dass diese Feststellung wenig über die politische Relevanz des Dreiecks aussagt. Lebt das Weimarer Dreieck also, oder ist es tot? Es gibt Positivbeispiele im trilateralen Rahmen: Initiativen aus der Zivilgesellschaft, kulturelle Projekte, Hochschulkooperationen (sogar mit trilateralen Studienabschlüssen), Städtepartnerschaften, die Initiative für ein Weimarer Dreieck der Frauen. Sie zeigen das Interesse und den Willen in den Gesellschaften der drei großen Nachbarn in der EU, einander näherzukommen, miteinander zu arbeiten und voneinander zu profitieren. Aber gerade auf der Ebene der Politik, auf der es mit der Erklärung der Außenminister von 1991 ins Leben gerufen wurde, glänzt das Weimarer Dreieck durch Abwesenheit. Trilaterale Treffen und Bemühungen auf diplomatischer Ebene finden zwar statt, ihre Auswirkungen auf die Entwicklung der Europäischen Union (EU) sind jedoch denkbar gering. Das Weimarer Dreieck ist gegenwärtig eine Randnotiz der europäischen Politik. Dies wird sich nur ändern, wenn Paris, Warschau und Berlin die Raison d'Être des Dreiecks 30 Jahre nach seiner Gründung neu bestimmen und klare Ziele formulieren.

Das Dreieck neu justieren

Der Blick zurück zeigt, dass das Engagement der Politik in den 1990er Jahren ungleich größer war als heute. Auf den gemeinsamen Auftakt von Roland Dumas, Krzysztof Skubiszewski und Hans-Dietrich Genscher in Weimar folgten jährliche Außenministertreffen. Dabei ging es nicht nur um die gleichwohl primäre Heranführung Polens und der anderen »neuen Demokratien«, wie sie in der Erklärung von 1991 genannt wurden, an die Europäische Gemeinschaft. In Europa sollte eine neue Friedensordnung entstehen, gestützt auf die bereits bestehenden Strukturen wie Europarat, KSZE und NATO und getragen von der Überzeugung, dass nun die Chance bestünde, ein neues Europa auf der Basis von Solidarität und der »ererbten Grundlage gemeinsamer Werte« entstehen zu lassen.

Der Gründung des Weimarer Dreiecks lag zwei Jahre nach dem Fall der Berliner Mauer das klare Ziel der endgültigen Überwindung der europäischen Teilung zugrunde. Hierin waren sich Paris, Warschau und Bonn weitgehend einig – dieses Ziel war für lange Zeit der Kitt des Weimarer Dreiecks. An den Erfolg der ersten Generation, der sich 1999 im Beitritt Polens zur NATO und 2004 zur EU ausdrückte, konnte das Weimarer Dreieck jedoch bis heute nicht anknüpfen. Es gab und gibt zwar weiterhin Treffen der Außenminister, auch der Staats- und Regierungschefs (zuletzt allerdings 2011), der Europaminister und weiterer Ressorts; doch kann das Dreieck bis heute nicht mit einer nennenswerten Initiative, geschweige denn einem europapolitisch wirksamen Impuls aufwarten. Es ist seit 2004 weitgehend unsichtbar geblieben, sieht man vom gelungenen trilateralen Krisenmanagement in der Ukraine im Februar 2014 ab.

Das starke historische Motiv der Vereinigung Europas hat keinen Nachfolger gefunden. In den großen Handlungsfeldern europäischer Politik, ob mit außen-, innen- oder wirtschaftspolitischen Bezügen, gibt es

⁸ Online-Erstveröffentlichung am 30. Juni 2021

starke Interessen- und Prioritätenkonflikte, die bislang von den drei Ländern nicht genutzt werden konnten, um Kompromisse im Interesse aller EU-Mitglieder zu schmieden. Zudem ist seit 2015 die Zusammenarbeit durch den heftigen Wertekonflikt über Rechtsstaatlichkeit und Demokratie zwischen der PiS-geführten polnischen Regierung auf der einen sowie Frankreich und Deutschland auf der anderen Seite stark belastet. Dem Versuch von Präsident Macron während seines Polen-Besuchs im Februar 2020, der Beziehung zu Warschau neues Leben einzuhauchen, war begrenzter Erfolg beschieden. Die EU leistet sich seit Jahren den Verzicht auf gemeinsame politische Führung durch drei zentrale Mitgliedstaaten.

30 Jahre nach der Weimarer Erklärung sollte der Blick nach vorne gerichtet werden: Frankreich, Polen und Deutschland müssen dringend eine gemeinsame Grundvorstellung dessen entwickeln, was das Weimarer Dreieck europapolitisch sein soll und welche Ziele sie gemeinsam über längere Zeit tragen können. Diese dürfen einerseits kein inhaltsloser, fauler Kompromiss und andererseits nicht überambitioniert sein. Vielmehr müssen sie realistisch sein und dort ansetzen, wo das Dreieck heute steht.

Vertrauen im Dreieck herstellen

Der Vertrauensbonus von 2004 ist über die Jahre erodiert, was zu einem großen Teil, aber nicht nur an den Differenzen mit Polen seit 2015 liegt. Vielmehr gibt es unterschiedliche Vorstellungen davon, was die EU eigentlich sein, wie sie funktionieren soll und welche Werte ihr zugrunde liegen. Konkrete Konflikte in der Migrationspolitik, der Sozialpolitik, in der Eurokrise, der Außen- und Sicherheitspolitik – vor allem während der Zeit der Trump-Administration – und bei der Rechtsstaatsthematik in Polen haben diese Vertrauenskrise verschärft. Wenn es jedoch gelingt, verloren gegangenes Vertrauen wieder aufzubauen und in einen

konstruktiven Dialog zurückzufinden, wird dies auf die übrigen EU-Mitglieder ausstrahlen. Dabei geht es um zweierlei: Zum einen muss dringend in ein besseres gegenseitiges Verständnis gesellschaftlicher, kultureller und wirtschaftlicher Voraussetzungen nationaler Europapolitik der Partnerländer investiert werden. Es geht um vertrauensbildenden Dialog auf verschiedenen Ebenen, der unter anderem zwischen Parlamentariern, Diplomaten, hohen Verwaltungsbeamten unterschiedlichster Ressorts stattfinden und durch regelmäßige Zusammenarbeit von Think Tanks und Forschungsinstituten flankiert werden kann.

Zum anderen bedeutet das notwendige Bemühen um wechselseitiges Verständnis jedoch nicht, dass von den politischen Verantwortlichen eines Landes verlangt werden kann, Grundvoraussetzungen ihrer Europa- oder Außenpolitik in Frage zu stellen. Es gibt Grenzen erwartbarer Anpassungsbereitschaft in jedem Land. Nationale Bedrohungsperzeptionen, ob in Frankreich gegenüber internationalem Terrorismus oder in Polen gegenüber Russland, sind für Paris und Warschau nicht verhandelbar. Die Unverletzlichkeit des Rechtsstaatsprinzips ist eine Grundvoraussetzung des europäischen Integrationsprozesses und kann weder für Berlin noch für Paris Verhandlungsgegenstand sein. Die eigene politische Flexibilität erhöhen und die Grenzen politischer Flexibilität beim Partner erkennen und respektieren: Dies sind zwei wesentliche Ansätze zum Aufbau von Vertrauen, das im Dreieck dringend benötigt wird.

Vielfalt in der EU moderieren

Die deutsch-französischen Beziehungen haben seit Beginn der europäischen Integration nie auf der Grundlage von Interessengleichheit funktioniert, sondern auf der Fähigkeit zum Kompromiss. Bilaterale »Stellvertreterkompromisse« lösten früher oft Interessenkonflikte aller Mitgliedstaaten – in der EU der 27 ist das fast unmöglich oder jedenfalls ungleich schwieriger

als in der früheren Gemeinschaft von sechs, neun oder zwölf Mitgliedern. Wenn es Paris, Warschau und Berlin gelingt, ein solides Vertrauensverhältnis untereinander herzustellen, könnte das Weimarer Dreieck eine Rolle als Moderator der Vielfalt in der EU übernehmen. Alle drei Länder sind in weiteren regionalen Gruppen oder informellen Interessenallianzen vertreten und verfügen über erhebliche Legitimitätsressourcen. Es wird auch künftig in der EU darum gehen, zwischen Sparern und Solidaritätsvertretern, Transatlantikern und Verfechtern europäischer Souveränität, Anhängern eines liberalen Binnenmarkts und eines starken Sozialstaats, wirtschaftlich starken und wirtschaftlich schwachen Mitgliedern zu vermitteln. Natürlich ist die politische Landschaft komplexer, als es diese einfachen Gegensätze suggerieren. Doch gerade deswegen könnte das Weimarer Dreieck auf der Basis seiner eigenen Interessenvielfalt einen wichtigen Beitrag zu gelungener Vermittlungsarbeit leisten.

Verantwortung für Europa übernehmen

Jenseits dieser grundsätzlichen Ziele, deren Realisierung schwer messbar sein wird, muss vom Dreieck aber schon heute verlangt werden können, konkret Verantwortung für Europa zu übernehmen. Alle drei Weimarstaaten tun dies in verschiedenen Politikbereichen bereits, wie etwa Frankreichs Engagement in Mali, Polens Abkehr von der Kohle und Deutschlands Zustimmung zur europäischen Schuldenaufnahme im Rahmen des EU-Wiederaufbaufonds belegen. Der Anspruch des Dreiecks muss jedoch darüber hinausgehen.

Erstens muss die Glaubwürdigkeit des Einsatzes für Europa dadurch gestärkt werden, dass die nationale Politik konsequent in Einklang gebracht wird mit den rhetorischen Bekenntnissen zur Europäischen Union. Nationale Alleingänge wie jener Deutschlands beim Nord-Stream-2-Projekt müssen der Vergangenheit

angehören. Der Beitritt Polens zur Eurozone – immerhin anlässlich des EU-Beitritts vertraglich vereinbart – wäre ein wichtiger Schritt zur Stärkung des Zusammenhalts in der Union.

Das Dreieck muss, zweitens, vor allem gemeinschaftlich Verantwortung übernehmen. Die Entscheidung der polnischen Regierung zum Ausstieg aus der Kohleförderung eröffnet Chancen für einen neuen Energie- und Klimadialog im Dreieck, der die Bemühungen der Europäischen Kommission im Rahmen des Green Deal konstruktiv begleiten könnte. Seit Jahren überfällig ist auch die Entwicklung einer gemeinsamen Nachbarschaftsstrategie der EU durch das Dreieck, die mehr ist als die Addition der Interessen Polens in der östlichen und derjenigen Frankreichs in der südlichen Nachbarschaft. Die Folgen einer verfehlten Nachbarschaftspolitik tragen ganz Europa und die gesamte EU. Keine Staatengruppe in der Union verfügt über eine bessere Ausgangslage zur Gestaltung europäischer Politik in dieser Frage als das Dreieck.

Drittens liegt die Verantwortung zur Belebung des Dreiecks keineswegs nur bei den Mitgliedstaaten. Das regionale Weimarer Dreieck sollte in den kommenden Jahren durch den Ausbau der Kooperationen zwischen französischen Regionen, polnischen Woiwodschaften und deutschen Bundesländern gestärkt werden. Die Idee ist nicht neu: Nordrhein-Westfalen, Hauts-de-France und Schlesien arbeiten bereits seit 20 Jahren in diesem Rahmen zusammen. Brandenburg verfügt über Kooperationserfahrungen mit der Ile-de-France und Masowien. Regionen sind häufig mit ähnlichen Herausforderungen konfrontiert. Vom Erfahrungsaustausch etwa zum Strukturwandel oder der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit profitieren alle Beteiligten. Zudem ist das regionale Dreieck weniger anfällig für ideologische Blockaden als die nationale Ebene.

Das notwendige Ende der Unverbindlichkeit

Die formulierten Ziele für das Weimarer Dreieck von morgen werden nur dann Orientierung geben können, wenn der politische Wille vorhanden ist, Kompromiss und Konsens wieder als Grundvoraussetzungen der Stärke und globalen Konkurrenzfähigkeit der EU anzuerkennen. Dazu gehört ebenso, die Grenzen des Weimarer Dreiecks als Akteur vorerst zu akzeptieren und keinen Widerspruch darin zu sehen, starke deutsch-französische Beziehungen in der EU einzufordern. Ein funktionierendes Dreieck kann die Effizienz des deutsch-französischen Motors sogar stärken, solange dieser dort auf Öffnung und Einbindung achtet, wo es nötig ist. Paris, Warschau und Berlin müssen sich aber 30 Jahre nach der Weimarer Erklärung dringend auf zeitgemäße Ziele verständigen, um das Dreieck aus der Sackgasse der Unverbindlichkeit zu führen und sein Potenzial künftig auszuschöpfen.

Über die Autorinnen und Autoren

Adam Balcer ist Programmdirektor am Osteuropa-Kolleg in Wrocław.

Ryszarda Formuszewicz ist Leiterin des Berliner Büros des Polish Institute of International Affairs (PISM). Zuvor war sie Senior Fellow am Zentrum für Oststudien (OSW) in Warschau.

Ronja Kempin ist Senior Fellow in der Forschungsgruppe EU/Europa der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) in Berlin.

Martin Koopmann ist Geschäftsführender Vorstand der Stiftung Genshagen.

Kai-Olaf Lang ist Senior Fellow in der Forschungsgruppe EU/Europa der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) in Berlin.

Paul Maurice ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter des Studienkomitees für deutsch-französische Beziehungen (Cerfa) am Französischen Institut für internationale Beziehungen (Ifri).

Jean-Yves Potel ist Historiker und politischer Analyst, ehemaliger Leiter der Kulturabteilung der französischen Botschaft in Warschau und Mitarbeiter der Zeitschriften Esprit und Mémoires en jeu.

Peter Ulrich ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Leibniz-Institut für Raumbezogene Sozialforschung in Erkner und Mitglied am Viadrina Center B/ORDERS IN MOTION an der Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder).

Birte Wassenberg ist Professorin für Zeitgeschichte bei Sciences Po Strasbourg und stellvertretende Direktorin des deutsch-französischen Jean Monnet Exzellenz-Zentrums in Strasbourg.

Jakub Wiśniewski ist Vizepräsident des Thinktanks GLOBSEC mit Sitz in Bratislava.

Stiftung Genshagen

Deutschland, Frankreich und Polen für Europa

Die Stiftung

Die Stiftung Genshagen ging aus dem Berlin-Brandenburgischen Institut (BBI) für deutsch-französische Zusammenarbeit in Europa e.V. hervor, das im Jahr 1993 vom Historiker Prof. Dr. Rudolf von Thadden und der späteren Beraterin des Kanzleramts Brigitte Sauzay gegründet wurde. 2005 wurde das BBI in eine rechtsfähige Stiftung bürgerlichen Rechts umgewandelt. Stifter sind die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien (BKM) und das Land Brandenburg. Der wichtigste Drittmittelgeber ist das Auswärtige Amt.

Europäischer Dialog – Europa politisch denken

Der Arbeitsbereich »Europäischer Dialog – Europa politisch denken« der Stiftung Genshagen widmet sich der politischen Dimension der Zukunft Europas. Seinen Aktivitäten liegt die Überzeugung zugrunde, dass die europäische Integration bewahrt und vertieft werden muss, um Frieden, Freiheit, Solidarität und Wohlstand in Europa dauerhaft zu sichern. Mit seinen Projekten fördert der Europäische Dialog die Reflexion über den politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Zusammenhalt der Europäischen Union sowie über ihre Handlungsfähigkeit nach innen und außen. In seinen öffentlichen und nicht-öffentlichen Formaten findet ein lösungsorientierter Austausch zwischen Experten und Entscheidungsträgern aus Politik, Diplomatie, Wirtschaft und Gesellschaft statt. Ein weiteres Ziel ist, die Zivilgesellschaft mit europäischen Themen anzusprechen, um vor allem jungen Menschen Europa nahezubringen, ihr Interesse an Mobilität und Austausch zu bestärken und einen zielgerichteten Dialog zur Formulierung politischer Ziele und Erarbeitung neuer Ideen für die Zukunft Europas zu organisieren.

Profil

Als Schnittstelle zwischen Staat und Zivilgesellschaft und mit dem Ziel, Europa in seiner politischen Handlungsfähigkeit, sozialen Kohärenz, wirtschaftlichen Dynamik und kulturellen Vielfalt zu stärken, agiert die Stiftung in den Arbeitsbereichen »Europäischer Dialog – Europa politisch denken« und »Kunst- und Kulturvermittlung in Europa«. Im Schloss Genshagen, abseits und doch in erreichbarer Nähe der Hauptstadt Berlin gelegen, ist die Stiftung ein Ort der Begegnung und des Dialogs zwischen Akteuren aus Kunst, Kultur, Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Medien. Hier entstehen neue Denkansätze und Lösungswege für aktuelle und künftige Herausforderungen in Gesellschaft und Politik – unter besonderer Berücksichtigung der Beziehungen zwischen Deutschland, Frankreich und Polen im Sinne des »Weimarer Dreiecks«. So werden in Genshagen Netzwerke verschiedener gesellschaftlicher Gruppen über Ländergrenzen hinweg etabliert und gefördert, unterschiedliche Perspektiven zusammengeführt und neue Entwicklungspfade für die Zukunft Europas skizziert.

Die Genshagener Papiere

Die Genshagener Papiere widmen sich europapolitischen Themen im Allgemeinen sowie der bi- und trilateralen Kooperation zwischen Deutschland, Frankreich und Polen. Ziel dieser Reihe ist, die Ergebnisse der Stiftungsarbeit einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Durch das flexible Publikationsformat umfasst die Reihe ebenso an Politikfeldern orientierte wie stärker essayistisch und wissenschaftlich ausgerichtete Texte. Autorinnen und Autoren sind sowohl etablierte als auch jüngere Wissenschaftler, europapolitische Experten und Journalisten. Die Genshagener Papiere erscheinen mehrmals pro Jahr, sind online zugänglich und liegen teilweise auch in gedruckter Form vor.

Impressum

Herausgeber

Stiftung Genshagen
Am Schloss 1
D-14974 Genshagen

Telefon: +49(0)3378-805931
Telefax: +49(0)3378-870013

www.stiftung-genshagen.de
institut@stiftung-genshagen.de

Übersetzungen

Sebastian Koelber, Theresia Töglhofer (aus dem Englischen)
Juliane Seifert (aus dem Französischen)

Lektorat

Gordian Heindrichs, Tobias Koepf, Martin Koopmann,
Theresia Töglhofer

Layout

M.O.R. Design

Diese Veröffentlichung gibt ausschließlich die persönliche Meinung der Autoren wieder. Alle Rechte vorbehalten. Abdruck oder vergleichbare Verwendung von Arbeiten der Stiftung Genshagen ist auch in Auszügen nur mit vorheriger schriftlicher Genehmigung gestattet.

© Stiftung Genshagen, 2021



Die vorliegende Publikation erscheint
mit freundlicher Unterstützung von



Auswärtiges Amt

Möchten Sie die Arbeit der Stiftung Genshagen unterstützen?

Dann werden Sie Mitglied des Fördervereins Stiftung Genshagen e.V. oder spenden Sie für eines unserer Projekte.

Kontakt

foerderverein@stiftung-genshagen.de

Bankverbindung

Förderverein Stiftung Genshagen e.V.
Postbank Berlin
IBAN: DE88 1001 0010 0823 7281 09
BIC: PBNKDEFF

Liste der vorherigen Publikationen in der Reihe der Genshagener Papiere

- Marciacq, Florent; Żornaczuk, Tomasz
Towards more cohesion in EU enlargement policy – tapping the potential of the Weimar Triangle
 Genshagener Papier N° 27, 03/2021 [\(EN\)](#)
- Koepf, Tobias; Koopmann, Martin; Töglhofer, Theresia; Windwehr, Jana (Hrsg.)
Acting European? The European Union and the Weimar Triangle in the Coronavirus Crisis
 Genshagener Papier N° 26, 11/2020 [\(EN\)](#)
- Kundnani, Hans; Kuź, Michał
The Weimar Triangle and the future of the West
 Genshagener Papier N° 25, 09/2020 [\(EN\)](#)
- Heurtaux, Jérôme; Tulmets, Elsa; Zerka, Paweł
The Third Side of the Weimar Triangle: Franco-Polish Relations in the Trilateral Context
 Genshagener Papier N° 24, 04/2020 [\(EN\)](#)
- Grünhagen, Freya; Koepf, Tobias (eds.)
The changing global order – Which role for the European Union?
 Genshagener Papier N° 23, 10/2019 [\(EN\)](#)
- Reynié, Dominique
Auflösung des politischen Systems und Herausforderung Europa: die Präsidentschaft von Emmanuel Macron am Scheideweg (Décomposition du système politique et l'Europe comme enjeu: la présidence d'Emmanuel Macron fin 2018)
 Genshagener Papier N°22, 03/2019 [\(DE\)](#) [\(FR\)](#)
- Karolewski, Ireneusz P.:
Deutschland, Polen und Europa. Eine Erfolgsgeschichte in der Bewährungsprobe.
 Genshagener Papier N°21, 02/2019 [\(DE\)](#)
- Schäfer, Isabel; Koepf, Tobias:
Franco-German foreign policy cooperation towards the Maghreb – converging goals, diverging policies
 Genshagener Papier N°20, 11/2017. [\(DE\)](#) [\(FR\)](#)
- Delcour, Laure; Kowal, Paweł; Kunz, Barbara; Lang, Kai-Olaf; Parmentier, Florent; Szeligowski, Daniel; Tulmets, Elsa:
(Re-)Engaging our Partners to the East: What the Weimarer Triangle should do for the Eastern Partnership
 Genshagener Papier N°19, 11/2017 [\(EN\)](#)
- Koopmann, Martin:
Europa braucht Weimar. Perspektiven des Weimarer Dreiecks in Krisenzeiten
 Genshagener Papier N°18, 07/2016. [\(DE\)](#) [\(EN\)](#)
- Gustin, Philippe; Martens, Stephan:
Deutschland und Frankreich. Der Neustart des europäischen Motors
 Genshagener Papier N°17, 01/2016. [\(DE\)](#)
- Bonse, Eric:
Für eine ergebnisorientierte Politik: Handlungsoptionen der Europäischen Union in der Krise (Pour une politique axée sur les résultats : les champs d'action possibles de l'Union européenne dans la crise
 Genshagener Papier N°16, 09/2015. [\(DE\)](#) [\(FR\)](#)
- Kunz, Barbara:
After the end of the end of History: what Europe should learn from the Ukraine crisis for its foreign relations. Four lessons and a ceterum censeo
 Genshagener Papier N°15, 12/2014. [\(EN\)](#)
- Mohsen-Finan, Khadija; Schäfer, Isabel:
Die Europäische Union und der Mittelmeerraum. Deutsch und französische Perspektiven seit den arabischen Umbrüchen (L'Union européenne et l'espace méditerranéen. Perspectives allemande et française depuis les révolutions arabes)
 Genshagener Papier N°14, 04/2014 [\(FR\)](#) [\(DE\)](#)
- Bastos, Stephen; Fischer, Severin; Gabrisch, Hubert; Kauffmann, Pascal; Koopmann, Martin; Schäfer, Isabel; Stark, Hans:
Europa als politisches Zukunftsprojekt. Deutsch-Französische Impulse für die Erneuerung der EU (L'Europe : projet politique de l'avenir. Impulsions franco-allemandes pour un renouvellement de l'UE)
 Genshagener Papier N°13, 02/2014. [\(DE\)](#) [\(FR\)](#)
- Demesmay, Claire; Koopmann, Martin; Thorel, Julien:
Prüfen, straffen, reformieren. Institutionen und Prozesse der deutsch-französischen Zusammenarbeit in der Europapolitik
 Genshagener Papier N°12, 06/2013. [\(DE\)](#) [\(FR\)](#)
- Brandt, Lisa; Kunz, Barbara:
Transatlantic Relations in a multipolar world. French and German perspectives on security and trade affairs
 Genshagener Papier N°11, 04/2013. [\(EN\)](#)
- Major, Claudia:
Viele europäische Soldaten, aber keine europäische Armee
 Genshagener Papier N°10, 12/2012. [\(DE\)](#)
- Tran Thiet, Jean-Paul:
Das europäische Projekt neu begründen
 Genshagener Papier N°9, 04/2012. [\(DE\)](#)
- Stiftung Genshagen; Institut Montaigne (Hrsg.):
L'immigration et l'intégration en France, en Allemagne et en Europe. Une enquête d'opinion franco-allemande dans le cadre du Forum de Genshagen
 Genshagener Papier N°8, 11/2011. [\(DE\)](#) [\(FR\)](#)
- Meister, Stefan:
Sicherheitspolitischer Neustart zwischen Russland und der EU? Das Weimarer Dreieck, Russland und die östliche Nachbarschaft der EU
 Genshagener Papier N°7, 07/2011. [\(DE\)](#)
- Adebahr, Cornelius:
The Comprehensive Approach to Crisis Management in a Concerted Weimar Effort
 Genshagener Papier N°6, 03/2011. [\(EN\)](#)
- Lesser, Gabriele; Ostrowski, Marek; Vaissière, Jean-Louis de la:
Das Weimarer Dreieck – Neue Impulse für Europa? (Le Triangle de Weimar – une nouvelle dynamique pour l'Europe ? Trójkąt Weimarski – nowe impulsy dla Europy?)
 Genshagener Papier N°5, 02/2011. [\(DE\)](#) [\(FR\)](#) [\(PL\)](#)
- Becker, Peter:
Auf dem Weg zu einem Europäischen Hochschulraum. Szenarien für die Fortsetzung des Bologna-Prozesses
 Genshagener Papier N°4, 01/2011. [\(DE\)](#)
- Andoura, Sami:
Energy Cooperation under the Aegis of the Weimar Triangle. Springboard for a Common European Energy Policy
 Genshagener Papier N°3, 12/2010. [\(EN\)](#)
- Ziebur, Gilbert:
Deutschland und Frankreich in der entstehenden Weltgesellschaft
 Genshagener Papier N°2, 03/2010. [\(DE\)](#)
- Demesmay, Claire; Enderlein, Henrik; Évrard, Aurélien; Martens, Stephan; Oppeln, Sabine von:
Eine neue Agenda für die deutsch-französischen Beziehungen (Un nouvel agenda pour les relations franco-allemandes)
 Genshagener Papier N°1, 01/2010. [\(DE\)](#) [\(FR\)](#)

Die »**Genshagener Papiere**« widmen sich europapolitischen Themen im Allgemeinen sowie der bi- und trilateralen Kooperation zwischen Deutschland, Frankreich und Polen.

Ziel dieser Reihe ist, die Ergebnisse der Stiftungsarbeit einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Durch das flexible Publikationsformat umfasst die Reihe ebenso an Politikfeldern orientierte wie stärker essayistisch und wissenschaftlich ausgerichtete Texte. Autorinnen und Autoren sind sowohl etablierte als auch jüngere Wissenschaftler, europapolitische Experten und Journalisten. Die Genshagener Papiere erscheinen mehrmals pro Jahr, sind online zugänglich und liegen teilweise auch in gedruckter Form vor.